

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies

Rheinische Friedrich Wilhelms-Universität Bonn



Marcus Wenig (Hrsg.)

Die Bürgergesellschaft als ein Motor der euro- päischen Integration

Perspektiven der Zusammenarbeit
deutscher und slowakischer
Nichtregierungsorganisationen

**Discussion
Paper**

C 71
2000

Dokumentation des Kongresses „Europäische Integration - Perspektiven der Zusammenarbeit deutscher und slowakischer Nichtregierungsorganisationen“ vom 25. bis 27. Juni 1999 in Bonn. Gemeinsam veranstaltet u.a. vom Gustav-Stresemann-Institut und der Slovak Academic Information Agency in Verbindung mit dem Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) auf Initiative der Petra-Kelly-Stiftung.

Inhalt

<i>Marcus Wenig</i> Vorwort.....	5
-------------------------------------	---

Die Slowakei und Deutschland im europäischen Integrationsprozeß

<i>Milan Matlak</i> Die Slowakei auf dem Weg in die Europäische Union.....	7
---	---

<i>Daniel Kriener</i> Deutschland und der europäische Einigungsprozeß.....	13
---	----

Die Bürgergesellschaft in der Slowakei und Deutschland

<i>Dušan Kováč</i> Die Entwicklung der slowakischen Bürgergesellschaft	19
---	----

<i>Patrik von zur Mühlen</i> Demokratisierungsprozesse in Deutschland nach 1945.....	31
---	----

Kooperation zwischen deutschen und slowakischen Nichtregierungsorganisationen und Fördermöglichkeiten der EU

<i>Pavol Demeš / Katarína Košťálová</i> Slowakische Nichtregierungsorganisationen und ihre Zusammenarbeit mit deutschen Partnern	37
--	----

<i>Martin Brusis</i> Förderprogramme für Nichtregierungsorganisationen.....	47
--	----

Inhalt

<i>Adriena Richterová</i> Unterstützung slowakischer Nichtregierungsorganisationen durch das PHARE-Programm	57
---	----

Bürgergesellschaft und europäische Integration

<i>Ivo Samson</i> Die Auswirkungen des Regierungswechsels vom Herbst 1998 auf die Slowakei.....	63
<i>Roman Filistein</i> Die Bedeutung der Bürgergesellschaft für den Integrationsprozeß.....	75
<i>Marcus Wenig</i> Die europäische Integration als Aufgabe der Bürgergesellschaft.....	79
Autorenverzeichnis.....	85

Marcus Wenig

Vorwort

Vom 25. bis 27. Juni 1999 fand am Gustav-Stresemann-Institut in Bonn (GSI) ein von der Slovak Academic Information Agency (SAIA) und dem GSI organisierter Kongreß zum Thema „Europäische Integration – Perspektiven der Zusammenarbeit deutscher und slowakischer Nichtregierungsorganisationen“ statt. Initiator der Tagung war der seinerzeit erste Leiter der bundesdeutschen Auslandsvertretung in der Slowakischen Republik, Dr. Dieter Bricke, der es sich zusammen mit dem früheren Minister für internationale Beziehungen der Slowakei, Pavol Demes, zur Aufgabe gemacht hat, nach dem schwierigen Staatsgründungsprozeß der Slowakei die dortige Bürgergesellschaft zu stärken und die Zusammenarbeit zwischen deutschen und slowakischen Nichtregierungsorganisationen zu verbessern.

Der dreitägige Kongreß brachte erstmals Vertreter von über 30 slowakischen und deutschen Nichtregierungsorganisationen zusammen, die in verschiedenen Arbeitsgruppen Möglichkeiten einer engeren Kooperation in den Bereichen Internationale Beziehungen, Gesellschaftspolitik, Demokratieförderung, Medien, Menschenrechte, Minderheitenfragen, Sozialarbeit sowie Wissenschaft und Bildung diskutierten und zukunftsweisende Vorschläge ausarbeiteten. Zusätzlich zu den Arbeitsgruppen analysierten Experten aus Wissenschaft und Praxis den beispielhaften Beitrag der slowakischen Nichtregierungsorganisationen für die Demokratisierung des Landes und unterstrichen die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements für eine

dauerhafte und alle Bevölkerungsschichten umfassende Integration der Slowakischen Republik in die Europäische Union.

Die nachfolgenden Erfahrungsberichte und weiterführenden Beiträge von deutschen und slowakischen Repräsentanten der Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaftlern sowie privater und regierungsamtlicher Förderer machen deutlich, daß zum Bau des gemeinsamen Europäischen Hauses neben die staatliche Außenpolitik die engagierte und kompetente grenzüberschreitende Zusammenarbeit der europäischen Bürgergesellschaft (“citizen diplomacy”) treten muß.

Gerade die jüngsten Erfahrungen in der Slowakei haben gezeigt, daß neben der Wirtschaftskooperation insbesondere dem sog. “non-profit-sector” (Dritter Sektor) bei der Weiterentwicklung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten besondere Bedeutung zukommt. Die Verwirklichung und nachhaltige Sicherung des gemeinsamen Ziels der Schaffung eines geeinten, freiheitlich demokratischen Europas, hängt somit von einer integrationsfreundlichen Politik der Regierungen und einer die verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche erfassenden internationalen Zusammenarbeit der Nichtregierungsorganisationen ab.

Milan Matlak

Die Slowakei auf dem Weg in die Europäische Union

Die Integration der Slowakei in die europäischen und transatlantischen Organisationen war von Beginn an eine Zielsetzung der slowakischen Außenpolitik. So gehörte die Slowakische Republik eine Zeit lang ebenso wie ihre Nachbarn Tschechien, Ungarn und Polen zu den klaren und eindeutigen Kandidaten für die Mitgliedschaft in der EU und der NATO. Die zwiespältige Politik der Mečiar-Regierung, ihre häufige Abkehr von demokratischen Prinzipien und schließlich die Nichterfüllung der geforderten politischen Kriterien als Grundlage für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen waren jedoch die Gründe, warum die Slowakei zu den Gesprächen über den NATO-Beitritt nicht eingeladen wurde und auch aus der Gruppe der ersten Kandidaten für die EU-Mitgliedschaft herausfiel. Bei dieser Gelegenheit ist zu betonen, daß die Mehrheit der Bürger der Slowakischen Republik demokratisch gesinnt ist, sich als Europäer fühlt und die Integration ihres Landes vorbehaltlos unterstützt. Von den Slowaken sagt man, daß sie für Entscheidungen immer etwas länger brauchen, aber wenn sie sich einmal entschlossen haben, dann ist die Entscheidung dauerhaft. Sechs Jahre lang tolerierten die Bürger eine Regierung, die ihre Erwartungen auch hinsichtlich der Integration der Slowakei in die EU nicht erfüllte. Die Quitung dafür erhielt sie bei den letzten Parlamentswahlen im September 1998 mit einem klaren Votum der Wähler für eine neue politische Macht, die entschlossen und zweifelsfrei ihren Willen bekundet, die Slowakei in die europäische Integration zu führen.

Nach den Parlamentswahlen sah man in einigen EU-Staaten den Präsidentschaftswahlen in diesem Jahr mit Besorgnis entgegen. An dieser Stelle könnte man gleich mehrere deutsche Politiker mit ihren Ratschlägen zitieren, wonach die Slowakei so schnell wie möglich das neue Staatsoberhaupt vom Parlament hätte bestimmen lassen sollen, da es für die Slowakei nicht nur von Bedeutung sei, daß sie einen Präsidenten habe, sondern auch, wer dieses Amt ausfülle. Es ist daher sehr erfreulich, daß die Bürger der Slowakei bei den Präsidentschaftswahlen mehrheitlich ihren Willen zur Demokratisierung und ihre europäische Orientierung erneut zum Ausdruck gebracht haben.

Beide Wahlen, sowohl die Parlamentswahlen 1998 als auch die Präsidentschaftswahlen im Mai diesen Jahres, waren wichtige Meilensteine in der Entwicklung der Slowakei. Die von den Wählern ausgesandte Botschaft ist nicht nur Ausgangspunkt, sondern auch Verpflichtung und treibende Kraft für die gegenwärtige Regierung und ihre Integrationsbemühungen. Der Slowakischen Republik ist es nach dem Antritt der neuen Regierung in kurzer Zeit gelungen, nahezu alle Mängel und Versäumnisse in den Bereichen der Politik zu beseitigen, die einst einer Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU im Wege standen. In absehbarer Zeit wird als letzter Kritikpunkt der Europäischen Kommission auch noch das Gesetz über den Gebrauch der Minderheitensprache im Umgang mit Behörden verabschiedet.

Die Aufnahme der Slowakischen Republik in die Europäische Union und in die NATO bietet die Gewähr für ihre optimale Entwicklung in der Zukunft. Für die Slowakei gibt es einfach keine andere Alternative. Das Projekt „Vereintes Europa“ ist für alle Staaten auf dem europäischen Kontinent eine Herausforderung. Dieser Integrationsprozeß ist zwangsläufig und sogar unausweichlich. Es geht dabei um die einzigartige Möglichkeit, Europa künftig international mehr Gewicht zu verleihen und eine verantwortungsvolle Position als Schlüsselfaktor im Weltgeschehen des neuen Jahrhunderts zukommen zu lassen. Schließlich steht der Kontinent vor der Aufgabe, unter den Bedingungen zunehmender Globalisierung der ständig wachsenden internationalen Konkurrenz die Stirn zu bieten. Ein integriertes

Europa garantiert auch die friedliche, sichere und stabile Entwicklung unserer Länder. Die gegenwärtige Entwicklung ist für die Slowakische Republik eine historische Chance, für immer einen Platz unter den entwickelten europäischen Demokratien einzunehmen, mit denen die Slowakei historisch, kulturell aber vor allem wertmäßig fest verbunden ist. Die Slowakei befand sich in der Vergangenheit nicht immer auf der Sonnenseite, und in ihrer historischen Entwicklung war sie selten aktive Mitgestalterin des Geschehens, sondern wurde meist zu einem Spielball von Machtinteressen. Dies gehört der Vergangenheit an. Die Slowakei lebt in der Gegenwart und vor allem für die Zukunft. Um das strategische Ziel des Beitritts der Slowakischen Republik zur Europäischen Union zu erreichen, hat die Regierung einen ehrgeizigen Plan aufgestellt. Zuerst will sie alles dafür tun, um die Hürden zu beseitigen, welche die Slowakei an der Aufnahme in die erste Gruppe der Beitrittskandidaten hinderten, mit denen bereits Verhandlungen aufgenommen wurden, und schließlich sollen alle geforderten Bedingungen im Sinne der Kopenhagener Kriterien erfüllt werden. Die Slowakische Republik befindet sich auf einer vergleichbaren Stufe der Beitrittsvorbereitung wie die Länder der sogenannten ersten Gruppe. Die Regierung und mit ihr auch alle Bürger der Slowakischen Republik sind der festen Überzeugung, daß die Slowakische Republik das Potential hat, das Versäumte aufzuholen. Für diesen Weg benötigt sie Unterstützung und Vertrauen.

Aus der jüngsten Geschichte der Slowakischen Republik könnte man einige Beispiele anführen, die deutlich machen, daß die Slowakei in der Vergangenheit durchaus fähig war, Versäumtes aufzuholen oder sich unrechtmäßig Vorenthaltenes wieder zu erstreiten. Hier nur ein Beispiel aus dem Bereich des Sports, dem Eishockey: Nach der Teilung der Tschechoslowakischen Föderativen Republik wurde die slowakische Auswahl aus der sogenannten Elite in die C-Gruppe verbannt, während die Tschechische Republik in der höchsten WM-Spielklasse verblieb. Nach drei Jahren harter Qualifikationen kämpfte sich die slowakische Nationalmannschaft unter maßgeblicher Mitwirkung der in Kanada und in den USA tätigen slowakischen „Legionäre“ in die A-Gruppe der weltbesten Eishockeyteams zurück.

Die Slowakische Republik mißt der Zusammenarbeit unter den Ländern der sogenannten Višegrad-Gruppe große Bedeutung bei. Die Nachbarn der Slowakei, die Tschechische Republik, Polen und Ungarn, mit denen bereits Verhandlungen über ihren EU-Beitritt begonnen wurden, bekundeten nach dem Antritt der neuen Slowakischen Regierung ihr Interesse an einer Wiederbelebung der Zusammenarbeit im Rahmen der Višegrad-Gruppe. Die Slowakei hat dies begrüßt und eine ganze Reihe gemeinsamer Treffen und Aktivitäten vorgeschlagen, darunter zum Beispiel ein gemeinsames Vorgehen im Visa-Verkehr. Es wird hoch geschätzt, daß gerade die unmittelbaren Nachbarn, Tschechen, Polen und Ungarn, die Integration der Slowakischen Republik in die EU und die NATO unterstützen. Man versteht dies als Ausdruck des Interesses an der Slowakei aber auch als Beweis dafür, daß sich diese Länder für Sicherheit und Stabilität in der mitteleuropäischen Region verantwortlich fühlen.

Bei der Erweiterung der Europäischen Union ist mit einem längerfristigen und schwierigen Prozeß zu rechnen. Die Slowakische Republik will diesen Prozeß weder beschleunigen noch bestimmte Etappen einfach überspringen. Auf die Mitgliedschaft in der EU bereitet man sich verantwortungsvoll vor. Dabei geht man von den Beschlüssen des Luxemburger Gipfeltreffens aus, wonach die Erweiterung der Union als komplexer, exklusiver und kontinuierlicher Prozeß definiert wurde. Die Slowakische Republik hat Verständnis dafür, daß gegenwärtig kein exaktes Datum für die Aufnahme neuer Mitglieder genannt werden kann. In der gegenwärtigen Situation ist es wichtiger, die Zeit für eine bestmögliche Vorbereitung mit dem Ziel einer reibungslosen Erweiterung der Europäischen Union und der Sicherstellung der Funktionstüchtigkeit ihrer Institutionen zu nutzen. Vor dem Hintergrund bestimmter Signale, welche von Völkern der Europäischen Union aber auch von Repräsentanten ihrer Mitgliedstaaten in Richtung Slowakei ausgesandt wurden, rechnet die Slowakische Republik mit der Aufnahme intensiver Verhandlungen über den EU-Beitritt auf dem Gipfel der Europäischen Union in Helsinki im Dezember diesen Jahres. Der Zeitpunkt der Aufnahme der Slowakei in die EU hängt von mehreren Faktoren ab. Es wä-

re allerdings wünschenswert, gemeinsam mit Tschechien, Polen und Ungarn der Europäischen Union beizutreten.

Mit Blick auf den Kosovo-Konflikt gilt es hervorzuheben, daß die Slowakische Republik und ihre Regierung entschlossen für Frieden, Demokratie sowie die Achtung und Wahrung der Menschenrechte und der Rechte nationaler Minderheiten eintreten. Die Slowakei will einen Beitrag zur Normalisierung im Kosovo im Rahmen des Stabilitätspaktes für diese Region leisten.

Einer der wichtigsten politischen Partner der Slowakischen Republik im Ausland ist die Bundesrepublik Deutschland. Deutschland ist ein verlässlicher Partner und guter Freund, dem stets an der demokratischen Entwicklung der Slowakei und ihrer Einbindung in die europäischen und transatlantischen Strukturen gelegen ist. Nach dem Entstehen der Slowakischen Republik haben sich die Beziehungen zwischen den beiden Ländern in allen Bereichen intensiv entwickelt. So ist die Bundesrepublik Deutschland zum Beispiel heute der größte Investor in der Slowakei. 29% aller slowakischen Exporte gehen nach Deutschland, d.h. mehr als in die Tschechische Republik ausgeführt werden. Die Bundesrepublik Deutschland ist somit der wichtigste Handelspartner der Slowakei.

Ein Beweis für die vielfältige Zusammenarbeit zwischen der Slowakischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland ist auch der Bereich der Nichtregierungsorganisationen (NROs). Die Bedeutung der Zusammenarbeit auf diesem Gebiet kann man nicht hoch genug einschätzen, denn neben den politischen und ökonomischen Voraussetzungen der europäischen Einigung wird das Mitwirken aller Gesellschaftsstrukturen in diesem Prozeß immer wichtiger. Ihre Einigung und Integration wird sich als weitaus schwieriger erweisen als die Schaffung der politischen und sozialökonomischen Rahmenbedingungen des europäischen Integrationsprozesses. In der außenpolitischen Realität spielen die Bürger Europas noch nicht die Rolle, die ihnen eigentlich gebührt. Dies zeigt sich deutlich in mehreren assoziierten Ländern, so auch in der Slowakischen Republik. Der nicht nur in Europa sehr aktuelle Begriff der Bürgergesellschaft ist auch in der Slowaki-

schen Republik eine neue Kategorie. Seit 1989 ist es gelungen, in der Slowakei Institutionen der Bürgergesellschaft für eine moderne Innen- und Außenpolitik zu gründen. Erwähnenswert sind die Schaffung des Gremiums des Dritten Sektors, die seit 1981 jährlich stattfindenden Treffen der slowakischen NROs in Stupava (sog. Stupava-Konferenzen) und schließlich die Gründung der Service-Organisation für den Dritten Sektor (SAIA). Nach der Ablösung des politischen Systems in der Slowakei im Jahre 1989 stieg die Zahl der Organisationen des Dritten Sektors rasch an. Bis März 1998 waren in der Slowakei über 12.500 Bürgervereinigungen, Stiftungen, gemeinnützige Fonds und Organisationen registriert. Eine wichtige Rolle spielten die NROs in der Slowakischen Republik während der Parlamentswahlen im Herbst 1998 und der Präsidentschaftswahlen im Februar 1999. Dafür gebührt ihnen Dank und Anerkennung. Die NROs waren in der Slowakei zweifellos ein entscheidender Faktor, der die politischen Veränderungen in der jüngsten Vergangenheit mitbeeinflusste. Die bisherigen Erfahrungen mit der Arbeit von NROs in der Slowakischen Republik sind eine gute Basis für ihre künftige Tätigkeit.

Daniel Kriener

Deutschland und der europäische Einigungsprozeß

Die Europäische Integration, wie wir sie seit über vierzig Jahren kennen, hat für Deutschland und alle anderen Beteiligten wichtige Ergebnisse gebracht. Die wirtschaftliche Verflechtung der europäischen Volkswirtschaften unter dem Stichwort Binnenmarkt ist eine davon. Die Länder der EU sind darauf angewiesen, in der heutigen arbeitsteiligen Welt auf einem gemeinsamen Markt operieren zu können. Das wirtschaftliche Zusammenwachsen in Europa führte zur gemeinsamen Regelung wichtiger Politikbereiche, zum Beispiel im Wettbewerbssektor. Es wird international als vorbildlich angesehen, wie die Europäische Union mit der Errichtung des Binnenmarktes den Streit über unfaire Handels- und Geschäftspraktiken zwischen Unternehmen ihrer Mitgliedstaaten praktisch ad acta gelegt hat. Hierin besteht ein wichtiger Fortschritt und ein großer Vorteil für alle Beteiligten. Aber auch im politischen Bereich gibt es wichtige Ergebnisse, so insbesondere die politische Einbindung der fünfzehn Mitgliedstaaten in gemeinsame Entscheidungen, eine Entwicklung, die vor allem für Deutschland in den Anfängen des Einigungsprozesses große Bedeutung hatte. Die EU stand damals und steht auch heute gegen Isolierung ihrer Mitgliedstaaten, gegen Konfrontation im zwischenstaatlichen Verhältnis ihrer Mitglieder, gegen eine Konfrontation, die so lange die Geschichte unseres Kontinents prägte. Die mehr als vierzigjährige Teilnahme an diesem Einigungsprozess hat bei den beteiligten Staaten dazu geführt, daß es in diesen Ländern so gut wie keine seriöse politische Kraft mehr gibt, die dem jeweiligen

Land eine Lösung seiner Probleme alleine zutrauen würde. Dieser Aspekt, dieser politische Aspekt der Einigung, gilt heute - gerade in bezug auf die Erweiterung - mehr denn je. Die Beitrittsperspektive bedeutet für viele Staaten in Mittel- und Osteuropa bereits jetzt eine Stärkung für ihre gesellschaftliche Demokratisierung, für ihre Transformation. Das kommt immer dann zum Ausdruck, wenn diese Länder, wenn die Gesellschaften dieser Länder sagen: „Wir gehören zu Europa, wir gehören jetzt schon zu Europa, auch wenn wir noch nicht Mitglied der EU sind.“ Durch die Kosovo-Krise ist diesem Aspekt ein besonderes Augenmerk zugekommen. Bei den Beratungen über den Stabilitätspakt zum Beispiel spielte die stabilisierende Wirkung der Aussicht auf eine Teilnahme am europäischen Integrationsprozeß, auf eine mögliche Mitgliedschaft in der EU, eine große Rolle.

Es wäre jedoch unlauter, dem europäischen Einigungsprozeß nur positive Aspekte zuschreiben zu wollen und negative Erscheinungen zu verleugnen. Da ist zum einen die politische Distanz zu den Entscheidungen in Brüssel. Brüssel ist eben schon allein durch die Anzahl der beteiligten Entscheidungsträger weit weg von den Bürgern Europas. Die Argumente der verschiedenen Mitgliedstaaten können ohne Kenntnis der jeweiligen nationalen Probleme für die einzelnen Bürger nur schwer nachvollzogen werden. Es fehlt heute eine europäische Öffentlichkeit.

Schwerwiegender vielleicht noch ist aber der komplizierte Entscheidungsprozeß, die mangelnde Transparenz, die Unmöglichkeit, Entscheidungen in der EU bestimmten politischen Akteuren zuzuordnen. Es entsteht dann leicht der Verdacht, daß dieser Zustand nur denen nützt, die sich aufgrund ihrer Ausstattung mit Geld und Macht eine gezielte Informationsbeschaffung und auch eine politische Einflußnahme leisten können. Vielleicht nur als Beispiel: das Europaparlament in diesem Jahr. Es wurde in den Monaten Januar bis März allgemein für seine Prinzipienfestigkeit gelobt, die Kommission wurde zum Rücktritt veranlaßt, aber trotz fortlaufender Beteuerung seiner zunehmenden Kompetenz war es bei den Europawahlen nicht ersichtlich, welche Konsequenzen zum Beispiel eine veränderte politische Mehrheit im Europäischen Parlament haben würde. Hier ist ein demokratisches Defizit offensichtlich. Die Folge davon ist: eine geringe

Wahlbeteiligung, weil die Bürger nicht wissen, warum sie denn das Europaparlament wählen sollen und eine abnehmende Legitimität der europäischen Institutionen. In diesem Umfeld fallen dann ungerechtfertigte Subventionen, Korruption bzw. Protektionismus, der mit der allgemeinen wirtschaftspolitischen Tendenz in Europa nicht zu vereinbaren ist, besonders auf. Die erst langsam abnehmende Schwerfälligkeit in den Entscheidungen der Brüsseler Räte wie zum Beispiel im Bereich Landwirtschaft führt zu dem Begriff der „allmächtigen Eurokratie“, die, losgelöst von politischen Entscheidungsträgern, macht, was sie will.

Die Bundesregierung und Deutschland insgesamt sind aber dennoch an der Fortsetzung der Integration interessiert, weil man politische Vorteile daraus zieht. Die Bundesrepublik hat, unabhängig von möglichen und bestehenden Interessenunterschieden zu anderen Mitgliedstaaten, zu allen EU-Mitgliedstaaten gute Beziehungen. Bei allen wichtigen Entscheidungen in Europa können seine Entscheidungsträger mitbestimmen, auch wenn diese Entscheidungen nicht immer genau beinhalten, was gewünscht wird. Deutschland zieht selbstverständlich auch große wirtschaftliche Vorteile aus der Existenz der EU, ihrer fortschreitenden Integration und auch aus ihrer Erweiterung. Die Wirtschaftskraft Deutschlands ist in einem großem Maße von seiner Außenwirtschaft abhängig. So bietet die Europäische Union neben dem Marktzugang auch die Möglichkeit der gemeinsamen Regelung von Politikfeldern.

Die Beitrittsperspektive zur EU hat die Mitgliedstaaten und die assoziierten Länder bereits jetzt sehr eng miteinander verflochten. Es gab in den letzten Jahren hohe Zuwachsraten im Wirtschaftsaustausch. Die Länder Mitteleuropas haben ihre Handelsströme zu einem großen Teil in die EU und auch zu einem großen Teil nach Deutschland umgelenkt. Hier ist ein sehr deutlicher Unterschied zu den Ländern zu verzeichnen, die zur Zeit keine konkrete Beitrittsperspektive haben, dies auch politisch nicht aktiv betreiben und in denen die Gesellschaften gegenüber einer EU-Beitrittsperspektive nicht besonders aufgeschlossen sind.

Was allgemein für das deutsche Interesse am europäischen Integrationsprozeß und an der Erweiterung der EU gilt, das trifft im Speziellen auch auf die Slowakei zu. Die Bundesregierung ist daran interessiert, daß die Slowakei als ein Land Mitteleuropas umfassend und aktiv am europäischen Einigungsprozeß teilnimmt. Die Bundesregierung hat die Integrationsbestrebungen der Slowakei, die sie seit ihrer staatlichen Selbständigkeit 1993 verfolgt, immer unterstützt. Es war bedauerndswert, daß die Slowakei hinsichtlich ihrer Integrationsbemühungen gerade in den letzten zwei Jahren vor 1998 stagnierte, daß sie im Vergleich zu anderen Staaten, die durch ihre Assoziierung durch die sogenannten Europaabkommen auf einen EU-Beitritt ausgerichtet waren, zurückfiel. Dieser Zustand, der in der Literatur mit einer Tendenz zur Isolierung oder Marginalisierung bezeichnet wird, widersprach deutschen Interessen und auch den Interessen der unmittelbaren Nachbarn der Slowakei.

Gleichzeitig wurde auch in den vergangenen Jahren immer wieder betont, daß die Slowakei aufgrund ihrer sonstigen Entwicklung aber auch aufgrund ihrer historischen, gesellschaftlichen und wertemäßigen Verknüpfung das Potential besitzt, den Rückstand im Beitrittsprozeß wieder aufzuholen. Man ist heute in einer Situation, wo man dieses Aufholen beobachten kann, und zwar sowohl bei den politischen als auch bei den wirtschaftlichen Reformen. So sieht es nicht nur die Bundesregierung, so sehen es auch die EU-Kommission und die Nachbarländer, und so äußert sich zum Beispiel auch die OECD.

Bei der Beurteilung der Frage, wie es die Slowakei geschafft hat, die Stagnation der vergangenen Jahre zu überwinden, spielen Faktoren eine große Rolle, die in der Slowakei zu suchen sind. Auch wenn man in der Europäischen Union stolz darauf war, sich in den letzten Jahren auch mit Fragen in der Slowakei beschäftigt zu haben, so etwa in gemeinsamen Erklärungen im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) oder im Fortschrittsbericht der EU-Kommission, so muß man doch erkennen, daß es die Bürger der Slowakei selber waren, die diese innere Situation, diese Umkehr der Slowakei, herbeigeführt haben. Dort hat es die Bevölkerung trotz massiver Versuche der Desinformation, trotz der Be-

nachteiligung der politischen Opposition verstanden, sich nicht durch politische Einschüchterung beeinflussen zu lassen. Die noch junge politische Öffentlichkeit der Slowakei war dazu in der Lage; vor allem durch den Aufbau unabhängiger Organisationen, die sich den Menschenrechten, der demokratischen Legitimation staatlicher Macht, dem Meinungs- und Medienpluralismus sowie der Transparenz politischer Entscheidungen verpflichtet wußten. Diese Organisationen haben eine öffentliche Kontrolle staatlichen Handelns effektiv durchzusetzen vermocht und die Bevölkerung für die Teilnahme am demokratischen Meinungsprozeß mobilisiert sowie für die Wahlen begeistert. Die Parlamentswahlen in der Slowakei sind überhaupt ein herausragendes Beispiel der vergangenen Jahre für den Einfluß der NROs, so sie denn eine Grundlage, einen Rückhalt in der Bevölkerung haben. Es ist wichtig, aufgrund der oben erwähnten Legitimationsprobleme im sich integrierenden Europa, das Potential, das die NROs besitzen, für den weiteren Integrationsprozeß zu nutzen. Die Existenz von NROs kann der notwendigen aber noch fehlenden europäischen Öffentlichkeit helfen, ans Tageslicht zu kommen. Eine einheitliche europäische Öffentlichkeit wird es wohl nicht geben. Zu unterschiedlich sind die Traditionen der einzelnen Länder, zu unterschiedlich sind ihre Identitäten, die auch niemand aufgeben will. „Vernetzung“ aber umschreibt einen Prozeß, der sich bei der Integration weiter fortsetzen kann, der dem Anspruch Gewährleistung bieten kann, daß Integration zwar zur Aufgabe nationaler Souveränität, nicht aber zum Verlust der Identität, sondern insgesamt zur Stärkung der Demokratie führt.

Dušan Kováč

Die Entwicklung der slowakischen Bürgergesellschaft

Über den gegenwärtigen Zustand der Bürgergesellschaft sagen konkrete Beispiele viel mehr aus als theoretische Konstruktionen. Es gibt unzählige davon, positive und negative, eines von ihnen ist das folgende: Einige Monate nach der Trennung der Tschechoslowakei hörte die alte Währung auf zu gelten. Der erste Schritt der Trennung der Währung war, daß die Banknoten mit Stempelmarken versehen wurden. Eines Tages tauchte in den Nachrichten die Information auf, die slowakische Krone sei gefährdet, denn irgendeine internationale Gangsterbande sei dabei, mit Hilfe von falschen Stempelmarken die slowakische Krone zu ruinieren. Alle slowakischen Bürger mußten binnen einer sehr kurzen Zeit die mit Stempelmarken versehenen Tausendkronennoten gegen neue Geldscheine umtauschen. Derjenige, der das in der festgelegten Frist nicht geschafft hatte, verlor sein Geld. Die slowakischen Bürger standen in langen Schlangen vor den Banken, um ihre Ersparnisse nicht zu verlieren. In einigen Städten, zum Beispiel in Bratislava, bedeutete das einige Stunden Wartezeit. Nur nebenbei sei bemerkt, daß die ganze Affäre nur eine Fiktion war, besser gesagt, nur eine Betrügerei an den slowakischen Bürgern, eine von vielen, die Mečiar's Regierungen ihnen aufgetischt haben. Wichtig ist jedoch etwas anderes. Die slowakischen Bürger haben brav Schlange gestanden. Sie haben gemurrt, geschimpft, aber sie standen dort. Auch in der damaligen Presse erschienen keine Kommentare, die die Bürger darüber informiert hätten, daß der Staat und dessen Regierung dazu da sind, die Währung zu schützen und daß dies

ihre erstrangige Pflicht und Verantwortung ist. Auch später und bis heute hat niemand der damaligen Regierung dafür die Rechnung präsentiert, daß die Bürger des Staates einige Stunden auf Anweisung ihrer Regierung Schlange stehen mußten. Würde man versuchen diese Situation z.B. auf die Bundesrepublik Deutschland zu übertragen, das Ergebnis eines solchen Versuchs würde sicherlich den Unterschied im bürgerlichen Bewußtsein der beiden Länder aufzeigen. Abgesehen davon, daß es in Deutschland keine Regierung wagen würde, mit einem solchen Betrugsmanöver die Öffentlichkeit zu täuschen, ist es unvorstellbar, daß der deutsche Bürger sich brav anstellen und einige Stunden warten würde. Sollte eine Regierung den Bürgern einen derartigen Streich spielen, so würde sie stürzen. Es ist jedoch vorstellbar, daß die Deutschen, sagen wir im Jahr 1938, sich in einer ähnlichen Situation genauso verhalten hätten.

Aus dem Angeführten gehen mindestens zwei Schlußfolgerungen hervor:

1. Autoritäre Regime und Diktaturen gestalten die Mentalität des Bürgers. Das bürgerliche Selbstbewußtsein ist unter diesen Verhältnissen schwach.
2. Die Formung des bürgerlichen Selbstbewußtseins und der Bürgergesellschaft ist ein historischer, durch konkrete historische Bedingungen bestimmter Prozeß.

Die Journalisten, die in der vorherigen Legislaturperiode in die Slowakei kamen, stellten fast unisono eine Frage: Wieso hat die Slowakei Probleme mit der Demokratie? Vielleicht wäre es vor den Wahlen im Jahr 1998 richtiger gewesen, danach zu fragen, wieso die slowakische Regierung Probleme mit der Demokratie hat. Die spektakulärste Verletzung der demokratischen Prinzipien hatte die damalige Regierungskoalition auf dem Gewissen. Und unter normalen Umständen gilt, daß jedes Volk die Regierung hat, die es verdient. Über den regulären Verlauf der Wahlen im Jahr 1994 kann man Zweifel haben. Zweifelsohne hatten Mečiar und seine Bewegung für eine demokratische Slowakei genügend Anhänger im Lande, und sie haben sie noch immer, denn Mečiar erhielt in beiden Runden der Präsidentschaftswahlen über eine Million Stimmen. Also stellt sich die Frage bezüglich der Probleme der Slowakei mit der Demokratie doch. Die Antwort auf

diese Frage ist scheinbar einfach. Die überwiegende Mehrheit der gegenwärtigen slowakischen Bevölkerung hat nie in demokratischen Verhältnissen gelebt. Es ist also normal, daß sie Probleme mit der Demokratie hat. Es wäre nicht normal, wenn sie keine hätte. Auf der anderen Seite jedoch existiert in der slowakischen Gesellschaft das Bewußtsein, daß die Slowaken und die Slowakei lange und tiefe demokratische Traditionen haben. Es handelt sich hier ganz offensichtlich um einen Widerspruch. Er kann nur durch die Betrachtung der historischen Entwicklung und die Analyse der Verhältnisse, die in der Slowakei in den letzten hundert Jahren herrschten, erklärt werden.

Am Anfang des 20. Jahrhunderts schrieb der damals junge slowakische Journalist Milan Hodža in der Zeitschrift der damals antretenden slowakischen Intelligenz „Hlas“: „Unsere Bedürfnisse treiben uns in die Demokratie, und seien wir versichert, daß darin die sicherste Garantie unserer nationalen sowie auch wirtschaftlich-gesellschaftlichen Entwicklung liegt.“ Dieses Zitat verdient eine gründlichere Analyse. Milan Hodža hat hier nicht nur den Einklang, sondern gerade die Symbiose zwischen der slowakischen nationalen Bewegung und der Demokratie ganz deutlich proklamiert. In den Zusammenhängen, in denen Hodža diese Idee äußerte, bedeutete es, daß die Slowaken nur dann einen Ausweg aus der schweren nationalen Unterdrückung in Ungarn finden können, wenn sich in Ungarn die Demokratie durchsetzt. Das Kalkül war ganz einfach. Die nicht magyarischen Völker stellten in Ungarn die Mehrheit dar. Die magyarische Minderheit hielt sich nur dank des undemokratischen politischen Systems an der Macht. Die ungarischen Regierungen nutzten ihre Machtposition, um die nicht magyarischen Völker daran zu hindern, ihre politischen und sprachlich-kulturellen Forderungen durchzusetzen. Die Demokratie konnte diese Situation ändern. Es ist ganz offensichtlich, daß in diesem Sinne Hodža unter Demokratie das allgemeine Wahlrecht verstand. In den folgenden Jahren flammte der Kampf um das allgemeine Wahlrecht auch in der Habsburger Monarchie voll auf.

Die Forderungen nach Demokratisierung des politischen Lebens hatten nicht nur einen nationalen Charakter und betrafen nicht nur Österreich-

Ungarn. Dies war ein gesamteuropäisches Problem. Es hing mit dem allmählichen, aber immer stärkeren Einstieg des sogenannten vierten Standes (der breiten Volksmassen) in die Politik und in das öffentliche Leben insgesamt zusammen. In erster Linie waren es die sozialdemokratischen Arbeiterparteien, die um die Jahrhundertwende dort, wo das allgemeine Wahlrecht bestand, zu Massenparteien wurden und eine bedeutende politische Macht darstellten. Auch der Vatikan reagierte auf die Entwicklung. Papst Leo XIII. regte durch seine Enzyklika „rerum novarum“ aus dem Jahre 1891 die Bildung von christlich-sozialen Parteien (in einigen Ländern auch Volksparteien genannt) an. Diese orientierten sich zuerst an den Arbeitern und gewannen in den katholischen Agrarländern allmählich auch unter der ländlichen Bauernbevölkerung Einfluß.

Die Krise des Liberalismus öffnete den Raum für neue, reißende politische Strömungen. Sowohl die sozialdemokratische als auch die christlich-soziale Bewegung waren eindeutig demokratische Bewegungen. In den Ländern, in denen es kein allgemeines Wahlrecht gab, wurde dessen Einführung ein wichtiger Programmpunkt beider Bewegungen. Die wichtigsten liberalen Grundsätze - die Anerkennung des Menschen als ein freies und vollberechtigtes Wesen, die Anwendung der Menschenrechte und Freiheiten - wurden nur stufenweise in die demokratische Ideologie aufgenommen. Gleichzeitig wurde diese moderne Demokratie auch durch die Akzeptanz der Minderheitenrechte und der allgemeinen Bürgerrechte kultiviert. Es war ein fortschreitender Prozeß, der vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg eine stärkere Dynamik annahm. Am Anfang des Jahrhunderts ging es überwiegend um die Geltendmachung der Rechte der Mehrheit, also um das allgemeine Wahlrecht.

Diese politische Gärung fand in einer Zeit statt, in der der historische Mitläufer des Liberalismus, der Nationalismus, die Idee des Nationalstaates und die damit verbundene Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker auf die Tagesordnung brachte. Es ist charakteristisch, daß in einigen europäischen Ländern der Nationalismus im Einklang mit der Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht stand, in anderen wiederum damit in Konflikt geriet.

In Deutschland existierte das allgemeine Wahlrecht für die Wahlen zum Reichstag. Auch wenn die einzelnen deutschen Länder ein bestimmtes politisches Gewicht in den inneren Angelegenheiten behielten und es dort kein demokratisches Wahlrecht gab, so förderte das allgemeine Wahlrecht für den Reichstag doch die Einheit des Reiches und die Formung des deutschen Nationalstaates.

In Österreich-Ungarn war die Situation komplizierter. Die ethnische Vielfalt zwang den Wiener Hof zu dem Versuch, den anwachsenden Nationalismus zu eliminieren. Der Nationalismus geriet hier in einen inneren Konflikt mit dem dynastischen Prinzip, und jenes Prinzip, auf dem der Staat gebaut war, stand im Konflikt mit dem Demokratismus. Trotzdem wurde in der westlichen Hälfte des Reiches im Jahr 1907 das allgemeine Wahlrecht eingeführt. In Ungarn wehrten sich die magyarischen politischen Eliten mit allen Mitteln gegen die Einführung des allgemeinen Wahlrechts, denn sie sahen darin eine Gefährdung ihrer nationalistischen Vision, der Schaffung eines ungarischen Einvölkerstaates, der ein Staat mit einer politischen ungarischen Nation sein sollte, was jedoch in der Praxis bedeutete, daß das ungarische Volk das magyarische Volk sein sollte. Der ungarische Nationalismus geriet so zuerst mit dem Liberalismus in Konflikt, auch wenn einer der Vertreter des Nationalismus hier eine Partei war, die sich selbst liberal nannte, und geriet um die Jahrhundertwende auch in Konflikt mit der antretenden Demokratie. Der Nationalismus der nicht-magyarischen Völker, also auch der slowakische Nationalismus, sah umgekehrt in der Demokratie seine Chance. Die slowakische politische und kulturelle Elite wurde zum Verfechter der Demokratie, in dieser Periode also zum Verfechter des allgemeinen Wahlrechts. Dies galt nicht nur für die slowakischen Sozialdemokraten, sondern auch für die neue, mit der Formung der slowakischen Volksbewegung verbundene Generation und auch für den durch die Slowakische Nationalpartei repräsentierten sogenannten konservativen Flügel des slowakischen Nationalismus.

Aus dem Gesagten kann man drei Schlußfolgerungen ableiten, die für unser Thema relevant sind:

1. Der Kampf der slowakischen Elite um die Demokratie war primär von nationalen Forderungen motiviert. Die Demokratie war also nicht das Ziel, sondern nur ein Mittel zur Erreichung von nationalen Forderungen.
2. Der Kampf um die Demokratie war in Ungarn nicht erfolgreich. Das allgemeine Wahlrecht wurde hier nicht eingeführt. Es bedeutete einerseits, daß die Kampfbereitschaft anhielt, andererseits konnte hier keine Desillusion darüber entstehen, daß das allgemeine Wahlrecht keine allein seligmachende und endgültige Lösung ist. Zu solch einer Desillusion kam es in Zisleithanien mindestens bei Masaryk. Er war gezwungen, die Probleme der Demokratie tiefer zu durchdenken. Die slowakische Elite hielt sich in Kampfbereitschaft. Die Illusion des allgemeinen Wahlrechts als eines unbestrittenen Mittels zur Lösung der nationalen Probleme hielt an.
3. In dieser Anfangsphase ging es um den Kampf um Demokratie. Der Kampf um Demokratie und das Leben in der Demokratie sind zwei verschiedene Phänomene. Diese Erkenntnis sollte nachfolgend noch von außerordentlicher Bedeutung sein.

Die Bürgergesellschaft hatte in dieser Situation keine Möglichkeiten sich zu entwickeln. Die Bestrebungen, Vereine und andere bürgerliche Vereinigungen zu aktivieren und organisieren, gab es zweifelsohne auch unter den Slowaken, aber soweit sich die Slowaken darum bemühen mußten, von Einwohnern zu Bürgern zu werden, waren andere Bürgeraktivitäten unweigerlich limitiert.

Nach dem Jahr 1918 verzeichnete die slowakische Gesellschaft einen großen Sprung, in erster Linie in der nationalen Richtung, doch äußerte sich dieser Sprung auch sehr eindrucksvoll im bürgerlichen Bereich. Die Tschechoslowakische Republik brachte den Slowaken das allgemeine Wahlrecht. In diesem Fall war das Recht wirklich allgemein, denn es wurde auch für Frauen eingeführt. Die Slowaken wurden damit zum ersten Mal in der Geschichte zu wirklichen Bürgern, was sich nicht nur in den Parlamentswah-

len, sondern vor allem auf der kommunalen Ebene zeigte. Der liberal-demokratische Geist, den die erste Tschechoslowakische Republik mit sich brachte, kam auch in der anwachsenden Zahl der gesellschaftlichen, kulturellen und bürgerlichen Aktivitäten zum Ausdruck. Der Kampf um die Demokratie änderte sich hier zum Leben in der Demokratie.

Die Demokratie in der ersten Tschechoslowakischen Republik war gewiß nicht ideal. Das Problem war hier der starke Einfluß der politischen Parteien, die oft das Parlament ersetzten, denn es galt das Prinzip des imperativen Mandats. Ein Problem stellte auch der Unterschied zwischen der Proklamation des Staates als eines Nationalstaates und dessen tatsächlicher ethnischer Zusammensetzung dar, was Auswirkungen auf die Anwendung des demokratischen Prinzips hatte. Es gab noch andere Probleme. Diese muß man jedoch in räumlichen und zeitlichen Zusammenhängen sehen. In erster Linie muß man sehen, daß die Demokratie im gesamteuropäischen Maß schrittweise kultiviert wurde und es nicht gerecht ist, die heutigen Vorstellungen über die gegenwärtige moderne Demokratie auf der Zeitachse rückwärts zu schieben. In der Zwischenkriegszeit war die Tschechoslowakische Republik unumstritten eine funktionierende parlamentarische Demokratie, was vor allem mit den umliegenden Ländern kontrastierte, in denen, mit Ausnahme der Weimarer Republik in Deutschland, autoritäre politische Regime überwogen. Die Tschechoslowakei war gleichzeitig während der ganzen Zwischenkriegszeit außerordentlich stark von der Stabilität der internationalen Situation abhängig, und nach Hitlers Machtübernahme war sie unmittelbar in ihrer Existenz bedroht.

Trotz dieser Einschränkungen kann festgestellt werden, daß die Jahre der Existenz der Tschechoslowakei in der Zwischenkriegszeit Jahre waren, in denen sich auch in der slowakischen Bevölkerung die Prinzipien des bürgerlichen und demokratischen Lebens, das Respektieren des natürlichen Pluralismus und die Akzeptanz (mindestens deklaratorisch) der Minderheitenrechte im Sinne der geschlossenen Friedensverträge und der durch den Völkerbund proklamierten Prinzipien formierten. Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß dieser Staat nur 20 Jahre existierte. Es war eine viel zu kurze Zeit um zu ermöglichen, daß sich die Prinzipien der Demokratie und

der Bürgergesellschaft tiefer in das Bewußtsein und das Unterbewußtsein der Gesellschaft der Slowakei einprägen konnten.

Alles was nach dem Jahr 1938 geschah, war eigentlich ein Prozeß der stufenweisen Auslöschung der Prinzipien der Demokratie aus dem Bewußtsein der Gesellschaft. Nach sechs Jahren Totalitarismus ludakscher Prägung folgten vierzig Jahre Totalitarismus bolschewistischen Typs. In den Jahren 1945-1948 gab es eine Art Zwischenära, die von den Historikern ironisch als die Ära der „gelenkten Demokratie“ bezeichnet wird. Eine gelenkte Demokratie ist, selbstverständlich, *contradictio in adjecto* und in dieser kurzen Periode, auf die einerseits der Krieg und andererseits Stalins Aggression ihre Schatten warfen, konnte keine sinnvolle demokratische Tradition entstehen.

Es ist unumstritten, daß bestimmte Lebenserfahrungen und vor allem die Wertskala in der Gesellschaft vererbt werden. Man kann also sagen, daß auch in der slowakischen Gesellschaft in verschiedener Intensität und in verschiedenen Formen vererbte demokratische Gewohnheiten und ein geerbtes System von demokratischen Werten vorhanden sind. Dominant für das Leben der Gesellschaft und für ihr Funktionieren sind jedoch Lebenserfahrungen und -gewohnheiten. In dieser Hinsicht überwiegen also in der slowakischen Gesellschaft die durch die gegenwärtigen Generationen während der Zeit des Totalitarismus, der in der Slowakei praktisch ein halbes Jahrhundert dauerte, angenommenen Gewohnheiten. Darin unterscheidet sich die Gesellschaft in der Slowakei von der Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland, die nach der harten Erfahrung des Krieges und der Kriegsniederlage eine keineswegs einfache Zeit durchmachte, sich jedoch in Richtung moderne Demokratie und Bürgergesellschaft bewegte.

Während der gesamten Zeit des Totalitarismus existierten in der Gesellschaft Kräfte, die sich gegen das totalitäre System wehrten. In einer neuen Form und unter neuen historischen Bedingungen tauchte der traditionelle Kampf um die Demokratie erneut auf. In diesem Kampf bildete sich eine bestimmte vereinfachte Vorstellung von Demokratie, ähnlich wie vor dem Jahr 1918, als sich die demokratischen Bestrebungen auf die freien Wahlen

und die Einführung von Pluralismus konzentrierten. Dies zeigte sich auch in den Novembertagen des Jahres 1989, als die häufigste Losung der Massendemonstrationen hieß: „Ende der Regierung der einzigen Partei, wir wollen freie Wahlen.“ Die Sehnsucht nach Demokratie und Freiheit wurde vereinfacht. Als erstrangig galt es, die alte Nomenklatur zu beseitigen und sie durch neue Leute zu ersetzen, freie Wahlen abzuhalten und die Grenzen zu öffnen. Nur wenigen war bewußt, daß das neue System viel mehr verlangt, daß nicht nur die alte Nomenklatur gewechselt werden muß, sondern daß sich die ganze Gesellschaft im wahrsten Sinne des Wortes ändern muß, und daß dieser Prozeß nicht nur freudereich, sondern auch schmerzhaft ist. Es hat sich wiederholt gezeigt, daß die Tradition des Kampfes für die Demokratie etwas qualitativ anderes ist als das Leben im demokratischen System.

Würde man auf jene obligate Journalistenfrage über das Demokratiedefizit in der Slowakei zurückkommen, ist die historische Erklärung nicht ganz zufriedenstellend. Gesetzmäßig taucht der Einwand auf: Die historischen Erfahrungen sind kein slowakisches Spezifikum, sie sind in diesem oder jenem Maß allen postkommunistischen Ländern, einschließlich der ehemaligen DDR, gemein. Mehrere dieser Länder haben nicht einmal die Erfahrung des Lebens in einem demokratischen System vor dem Zweiten Weltkrieg. Dieser Einwand ist berechtigt. Das erwähnte Defizit an erlebter demokratischer Erfahrung ist in der Tat das Problem aller postkommunistischer Länder. In einigen Fällen bleibt es verborgen und hat sich nicht in einer solch bloßgelegten Form wie in der Slowakei geäußert. Dies kann auch Folgen haben. Die Schwierigkeiten können unerwartet und heimtückisch auftauchen. Die Analyse des gesellschaftlichen Lebens könnte die versteckten Probleme entdecken. Solche Analysen sind jedoch im allgemeinen nicht beliebt. Bevorzugt werden befriedigende optimistische Prognosen.

Die Slowakei hat jedoch unter den postkommunistischen Ländern eine besondere Stellung. Dies ist eine Folge aus der ungünstigen Zusammensetzung der zweiten Welle der Revolution. Jede Revolution oder jeder Umsturz verläuft in mehreren Wellen, wobei für das Schicksal der Änderungen

und ihre Nachhaltigkeit die Zusammensetzung der zweiten Welle der Revolution entscheidend ist. Die erste Welle der Revolution besteht aus entschlossenen opferwilligen Mitgliedern. Diese erste Welle ist dynamisch und bringt das alte Regime zum Sturz. Gleichzeitig ist sie aber sehr zerbrechlich und erlischt kurz nach der Erreichung des Ziels. Das Schicksal der Änderung liegt in den Händen der zweiten Welle und hängt vielfach von deren Zusammensetzung und besonders davon ab, in welchem Maße es den Angehörigen der sogenannten alten Strukturen gelingt, sich in diese zweite Welle einzugliedern.

In der Slowakei formierte sich die zweite Welle der Revolution im Jahr 1991. Damals kam es zum Zerfall der „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ (VPN), die die Hauptvertreterin der ersten Welle der Revolution in der Slowakei war. Es entstand Mečiar's Bewegung für eine demokratische Slowakei (HZDS). In ihrer Bestrebung, die Slowakei zu beherrschen, inkorporierte die HZDS nicht nur die Unzufriedenen aus der ersten Welle, sondern auch diejenigen, die in den Novembertagen zu lange harrten und sich nicht in die neuen Strukturen einfinden konnten. Insbesondere in ländlichen Gebieten gewannen Vertreter der alten Strukturen an Bedeutung, die den ersten Schock der Revolution überwunden hatten und jetzt ihre Chance in der HZDS ergriffen. Die negativen Folgen traten zu dem Zeitpunkt ein, als die HZDS an die politische Macht kam. Die alten Strukturen begannen ihre Methode der Führung der Gesellschaft anzuwenden. Hinter den demokratischen Phrasen verbarg sich das offensichtliche Streben nach zentraler Führung, nach Machtkonzentration und Stärkung des Staates. Das alles war eine evidente Rückkehr zu totalitären Praktiken. In dieser Situation waren die Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen und der gesamte Dritte Sektor ein Dorn im Auge der neuen bzw. alt-neuen Macht. Deshalb kam es zum Versuch, den Dritten Sektor zu paralisieren, und der Dritte Sektor wurde zum gefürchtetsten Gegner des Mečiarismus.

Eine solche negative Entwicklung vollzog sich in dieser klassischen Form nur in der Slowakei. In den Nachbarländern verlief die Entwicklung in einer anderen zeitlichen Folge. Während in der ehemaligen DDR die Vereinigung Deutschlands verhinderte, daß die alten Strukturen an die Macht

zurückkehrten, hinderte in der Tschechischen Republik der bis 1998 kontinuierliche Verbleib der Regierung Klaus an der Macht die alten Strukturen daran, sich an der politischen Macht zu beteiligen. Fraglich bleibt jedoch ihr Platz in der Wirtschaft des Staates. In Ungarn und in Polen hat der ständige Regierungswechsel, die Oszillation zwischen rechts und links, es nicht ermöglicht, daß sich auf der linken Seite des politischen Spektrums eine Gruppierung bildet, die zu einem größeren Maße die Vertreter des alten Regimes hätte inkorporieren können. In den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, aber auch in Bulgarien und in Rumänien verlief der Umsturz so, daß die alten Strukturen faktisch an der Macht blieben und sich mindestens verbal „demokratisierten“. Hier wird offensichtlich der Kampf um den konsequenten Wechsel der Eliten sowie um die Verwurzelung der Werte der Bürgergesellschaft und der beständigen Demokratie noch stattfinden, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß es in der Gesellschaft genug Potential gibt, um die radikalen Änderungen zu verwirklichen.

Der Mangel an Quellen erlaubt es bislang nicht zu bewerten, inwieweit es sich in der Slowakei um eine zufällige Koinzidenz der Ereignisse handelt, oder ob die besondere Situation tiefere Wurzeln und breitere internationale Zusammenhänge aufweist. Die politologischen Analysen ermahnen, die Ergebnisse der Parlamentswahlen im September nüchtern zu bewerten. Einerseits war es eine eindeutige Niederlage des Mečiarismus. Andererseits gibt es einige warnende Signale. Beunruhigend ist vor allem die Bewertung der Wahlen. Nicht nur seitens der Partei der demokratischen Linke (SDL), sondern auch seitens der anderen politischen Parteien und besonders seitens eines großen Teils der slowakischen Gesellschaft werden die Wahlen des Jahres 1998 nicht als eines der schicksalhaften Jahre der slowakischen Geschichte, in denen die Zahl 8 vorkommt, empfunden. Sie werden nicht als eine grundsätzliche Wende gesehen. Man bemüht sich, die Wahlen als eine übliche Änderung, wie sie in allen demokratischen Ländern stattfindet, also eine Art Wechsel, zu dem es zum Beispiel nach den Wahlen in Deutschland, die fast gleichzeitig mit den Wahlen in der Slowakei verliefen, gekommen ist, darzustellen. So eine Betrachtungsweise legitimiert zu einem bedeutenden Maß Mečiar's Regime. Die Mißachtung der Gesetze, der Men-

schenrechte, das Spiel mit der Minderheitenkarte, der staatliche Terrorismus, die Ausplünderung des Staatsvermögens und weitere negative Erscheinungen kann man mit den negativen Erscheinungen aus der Zeit des Kommunismus gleichsetzen. Werden jedoch all diese Erscheinungen durch die Gesellschaft als normal bewertet, können die alten kommunistisch-mečiarischen Strukturen, die auf ihre Chance lauern, wieder auf der slowakischen politischen Szene erscheinen.

Die Entwicklung der Ereignisse der letzten Jahre in der Slowakei gibt auch Anlaß zu Optimismus. Die Slowakei kämpft gegen den Mečiarismus. Sie ficht diesen Kampf unter schweren Bedingungen aus, und trotz aller Probleme, trotz einer Million Stimmen für Mečiar in der Präsidentschaftswahl, wird dieser Kampf fortgeführt. Diese einmalige historische Erfahrung kann sich in Zukunft für die Slowakei als Vorteil erweisen. Die Erfahrungen des Dritten Sektors im Kampf mit der Macht sind einzigartig. Die Bürgergesellschaft geht durch die Feuertaufe und diese, so ist bekannt, stählt.

Patrik von zur Mühlen

Demokratisierungsprozesse in Deutschland nach 1945

Wenn im folgenden von Demokratisierungsprozessen in Deutschland gesprochen wird, dann beziehen sich die Ausführungen zunächst nur auf die drei westlichen Besatzungszonen und die alte Bundesrepublik. Zum Schluß wird aber auf einige Besonderheiten und Probleme der DDR eingegangen.

Das Ende der Nazi-Diktatur war durch den Sieg der Alliierten herbeigeführt worden, nicht durch den Widerstand deutscher Hitler-Gegner, der bekanntlich in allen seinen Versuchen, das Regime zu beseitigen, gescheitert war. Die Demokratie wurde also durch feindliche Siegermächte importiert, was die demokratischen Kräfte in Deutschland in den Augen vieler Deutscher zunächst als vermeintliche Opportunisten diskreditierte. Die Voraussetzungen für eine Demokratisierung waren in dieser Hinsicht also ungünstig. Noch bis in die sechziger Jahre hinein lehnten extreme Parteien von links und rechts den Bonner Staat ab.

Andererseits erwies sich die alliierte Besatzung langfristig als Vorteil. Die Alliierten bildeten eine Garantie dafür, daß neonazistische Gruppen und Parteien keinen nennenswerten Einfluß gewinnen konnten. Diesem Zweck diente auch die alliierte Kontrolle über Presse und Rundfunk. Zum zweiten bedeuteten sie Schutz gegen die kommunistische Bedrohung, was erstmals während der Berliner Blockade 1948/49 deutlich wurde und den Siegermächten Sympathien einbrachte. Überdies sorgten vor allem die Amerikaner durch massive Hilfen dafür, daß die anfängliche Hungersnot bald redu-

ziert wurde und schon nach wenigen Jahren der Wiederaufbau beginnen konnte. Der Erfolg der jungen Demokratie nach dem Kriege war zweifellos zu einem wesentlichen Teil der erfolgreichen Wirtschaftsgeschichte zu verdanken, so wie umgekehrt das Scheitern der Weimarer Republik in starkem Maße auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten infolge des Versailler Friedensvertrages, der Reparationslasten, der Inflation und später der Weltwirtschaftskrise zurückzuführen war.

Die Deutschen waren nicht sich allein überlassen, sondern konnten durch die Alliierten demokratische Vorbilder kennenlernen. Wurde die Entnazifizierung durch die Alliierten vielfach noch als lästige Schikane der Sieger empfunden, so zeigte die Umerziehung doch auch langfristige Erfolge. Im Rückblick kann man den Alliierten eher vorwerfen, daß sie auf die frühe Bundesrepublik keinen stärkeren Druck ausgeübt haben, um etwa Justizwesen, Verwaltung und Universitäten zu entnazifizieren und konsequenter Prozesse gegen NS-Verbrecher einzuleiten oder Schule und Hochschule zu reformieren. Dies setzte erst in den sechziger Jahren unter dem Druck der Studentenbewegung ein.

Die Voraussetzungen für eine Demokratisierung waren aber auch aus anderer Sicht günstig. Wichtig war, daß das Dritte Reich nur etwas über zwölf Jahre gedauert hatte. Die vom NS-Regime verbotenen und unterdrückten Parteien durften sich seit dem Sommer 1945 wieder neu gründen. Politiker der Weimarer Republik, die in den Konzentrationslagern oder im Exil überlebt oder sich ins Privatleben zurückgezogen hatten, kehrten nach Deutschland bzw. in die Öffentlichkeit zurück. Aufgrund noch bestehender persönlicher Beziehungen konnten die demokratischen Parteien frühere Strukturen rasch wieder aufbauen. Dies gilt auch für die Gewerkschaften, die recht bald ihre Organisationen neu gründen und dabei auf Personen und Strukturen der Weimarer Republik zurückgreifen konnten. Wie sehr die Parteien sich auf ihre frühere Wählerschaft stützen konnten, zeigte sich bei den ersten Wahlen, in denen die neu gegründeten Parteien vielfach wieder dieselben Wähler hatten wie vor 1933.

Ein wichtiges psychologisches Moment beim Aufbau von Parteien und Gewerkschaften war auch die Lernfähigkeit vieler Deutscher, insbesondere ihre Bereitschaft, aus den Fehlern zu lernen. Dazu gehörte die Einsicht in die Notwendigkeit einer Solidarität aller Demokraten gegenüber antidemokratischen Gefahren. Gerade diesen Mangel an Solidarität hatten in der späten Weimarer Republik die Nazis für ihre Ziele mißbrauchen können. Dazu gehörte auch die Einsicht in die Strukturfehler von Parteien und Gewerkschaften vor 1933. So wurde aus der Zersplitterung der bürgerlichen, christlichen und konservativen Parteien die Konsequenz gezogen und die CDU gegründet, in der die Unterschiede von Protestantismus und Katholizismus und andere Gegensätze des bürgerlichen Lagers überwunden oder überbrückt wurden. So wurde andererseits die Einheitsgewerkschaft gegründet, nachdem man erkannt hatte, daß die Aufsplitterung in sozialdemokratisch geführte freie Gewerkschaften, in christliche und liberale Gewerkschaften die Arbeiterbewegung geschwächt hatte.

Ein weiteres Moment muß hierbei erwähnt werden, das sich langfristig positiv auswirkte. Durch die schmerzvolle Vertreibung von etwa 12 Mill. Personen aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien und dem Sudetenland und danach auch durch die Flucht von knapp 4 Mill. Flüchtlingen aus der DDR wurde die Bevölkerung im Westen Deutschlands durchmischt: katholische Schlesier beispielsweise kamen ins rein protestantische Norddeutschland und protestantische Pommern ins überwiegend katholische Rheinland. Viele der Vertriebenen mußten ihre bisherigen Berufe aufgeben und neue Arbeitsmöglichkeiten suchen. Dies trug dazu bei, Regionalismus und Provinzialismus sowie soziale Milieus abzubauen und eine geographische und soziale Mobilität zu fördern. Diese Entwicklung kam indirekt auch der Demokratisierung zugute.

Eine demokratische Gesellschaft umfaßt aber nicht nur Regierung und Parlament, Parteien und Gewerkschaften, Presse und Rundfunk, sondern auch die Sektoren Kultur, Kirchen, Verbände und Vereine. In der Regel versuchen Diktaturen, diese Sektoren zu kontrollieren, um mögliche Keimzellen von Opposition zu verhindern. Im Dritten Reich hatte man Kunst und Kultur gleichgeschaltet durch Zensur und durch staatliche Institutionen. Die

Kirchen wurden teilweise neutralisiert oder als politischer Faktor weitgehend ausgeschaltet und die Vereine entweder aufgelöst und in Organisationen der NSDAP umgewandelt oder durch Einführung des „Führerprinzips“ gleichgeschaltet.

Aber zwölf Jahre waren eine zu kurze Zeit, um diese Politik zu vollenden. Die Kirchen hatten sich zwar teilweise angepaßt, jedoch unter Druck, d.h. sie waren in ideologischer Hinsicht weitgehend autonom geblieben und konnten nach 1945 ihre Arbeit mit besseren Möglichkeiten fortsetzen. Verbände und Vereine streiften die vom Nazi-Regime aufgezwungenen Strukturen ab und knüpften teilweise an ihre Arbeit vor 1933 an. Wenn man gerade die Bedeutung von Verbänden und Vereinen für die Zivilgesellschaft bedenkt, dann erkennt man auch die relativ günstigen Voraussetzungen, unter denen der Wiederaufbau begann.

Am größten waren die Schwierigkeiten im Bereich der Kultur. Viele Schriftsteller, Maler, Musiker und Schauspieler waren emigriert und kehrten nicht zurück. Durch das Verbot von moderner Literatur, Kunst und Musik und durch die Nazi-Propaganda waren hier Traditionen teilweise zerstört, Kontinuitäten unterbrochen worden. Von berühmten Persönlichkeiten abgesehen, waren die meisten Vertreter der Kultur der jüngeren Generation nicht mehr bekannt. Zurückkehrende Literaten und Künstler hatten den Kontakt zum Publikum vielfach verloren. Neue literarische Schulen hatten nichts mit der Literatur der Weimarer Republik zu tun. Hier bildeten sich neue, vollkommen eigenständige Traditionen heraus. Diese Schwierigkeiten erklären, warum gerade Schriftsteller und Intellektuelle in Westdeutschland besondere Schwierigkeiten hatten, die politischen Verhältnisse zu akzeptieren.

Wenn man die Demokratisierung in Deutschland nach 1945 heute als erfolgreich einstuft, dann geschieht dies aus einer Distanz von 50 Jahren. In dieser Zeit sah die Bilanz für die Zeitgenossen nicht immer positiv aus. Die nur schleppende Aufarbeitung der Nazi-Zeit, das schlechte Ansehen unter fast allen Nachbarvölkern, die Schuldfragen - alles dies belastete das Selbstbild der West-Deutschen und ließ die tatsächlichen Erfolge auch in

Sachen Demokratie in den Hintergrund treten. Es gab Zeiten, in denen vor allem linke deutsche Kritiker die Bundesrepublik für unheilbar reaktionär hielten, die Deutschen für unheilbar autoritätshörig und nationalistisch, so daß man sie nur durch einen hohen Lebensstandard im Zaume halten könne.

Heute kann man sagen, daß bei dieser Kritik auch unrealistische Maßstäbe angesetzt wurden. Man konnte nicht aus allen öffentlichen Ämtern ehemalige NSDAP-Mitglieder entfernen. Man hätte dies allerdings in einigen Bereichen konsequenter tun sollen. Man konnte nicht erwarten, daß aus Untertanen über Nacht gefestigte Demokraten würden. Erst der Wechsel der Generationen hat eine langfristige Änderung bewirkt. Andererseits hat erst die Wiedervereinigung zu einem entkrampften Selbstbild geführt, das einen unbefangenen und zugleich kritischen Blick auf die Geschichte ermöglicht und andererseits weder in Überheblichkeit noch in Selbstzerknirschung abgleitet.

Und nun zur ehemaligen DDR. 1989 lagen die demokratischen Wurzeln, auf die man zurückgreifen konnte, 56 Jahre zurück. Zensur, Propaganda und ein schwieriger Zugang zu historischer und politischer Literatur führten zu einem Wissensdefizit, das durch das Westfernsehen nicht ausgeglichen werden konnte. Das führte dazu, daß die oppositionellen Gruppen der achtziger Jahre so gut wie nichts wußten vom demokratischen antikommunistischen Widerstand der fünfziger Jahre. Bis auf die Kirchen unterstanden alle Vereine, Institutionen und Organisationen in vierzig Jahren SED-Herrschaft der Kontrolle durch die SED, und selbst die Kirchen waren infiltriert von Spitzeln und Agenten der Staatssicherheit. Die Schwierigkeiten, eine demokratische, pluralistische und zivile Gesellschaft zu begründen, war nach 1989 ungleich schwieriger als nach 1945. Politisches Engagement in Parteien, in Gewerkschaften, Aktivitäten in Verbänden und Vereinen haben noch nicht den Stand wie im Westen Deutschlands erreicht. Das Verhalten der Wähler ist ein vollkommen anderes als vor 1933. Daß aber das politische und gesellschaftliche Engagement inzwischen wieder zunimmt, ist ein Zeichen der Hoffnung.

Abschließend einige Hinweise auf potentielle Gefahren, die in Form einer politischen Altlast die Innenpolitik von Völkern und vor allem ihr Verhältnis zu ihren Nachbarn bestimmen und negativ beeinflussen können. Dazu gehören Mythen über die eigene Rolle der Nation, die ihr ein angeblich unabänderliches Schicksal zuschreiben. Es gab und gibt Mythen über eine bestimmte dominierende Rolle in Europa oder in der Welt: so in Deutschland, in Frankreich, in Großbritannien und jetzt in Rußland. Es gibt Mythen über eine Opferrolle in der Geschichte wegen der wirklichen oder vermeintlichen Unterdrückung durch fremde Mächte: der Balkanländer durch die Türken, der Tschechen, Slowaken, Slowenen und Kroaten durch Österreich-Ungarn, der Polen durch Deutschland und Rußland, der baltischen Staaten durch die Russen, der Iren durch Großbritannien. Es gibt genetische Mythen, nach denen heutige Nationen sich als Nachfahren historischer Völkerschaften definieren und daraus besondere Ansprüche und Verwandtschaftsverhältnisse ableiten und damit die Stellung zu Nachbarvölkern oder eigenen Minderheiten begründen (Beispiele: Panslawismus, Pangermanismus). Und es gibt Mythen territorialer Art, nach denen ein bestimmtes Gebiet seit jeher einem Volke gehört habe, woraus dann Gebietsansprüche für die Gegenwart und Zukunft abgeleitet werden.

Alle diese Mythen bedeuten, daß in diesem Denken die Vergangenheit höher bewertet wird als die Zukunft, daß man Probleme der Vergangenheit nachträglich zu lösen gedenkt und die der Gegenwart dabei ignoriert. Diese Mythen verleiten zur Lernunfähigkeit. In Deutschland mußte man nach 1945 lernen, daß unsere Zukunft nicht in einem Nationalstaat liegen kann, der seine Nachbarn dominiert, sondern nur in einer engen Zusammenarbeit im europäischen Rahmen. Wahrscheinlich ist diese Erkenntnis die wichtigste Schlußfolgerung, die die Mehrheit der Deutschen aus der Katastrophe von 1945 gezogen hat. Der Verzicht auf eine nationale Sonderrolle und das Bekenntnis zur Gemeinschaft demokratischer Völker dürfte wahrscheinlich das wichtigste Ergebnis der Demokratisierung in Deutschland bilden.

Pavol Demeš, Katarína Košťálová

Slowakische Nichtregierungsorganisationen und ihre Zusammenarbeit mit deutschen Partnern

Schon in ein paar Monaten gedenken wir des zehnten Jahrestages des Falls der Berliner Mauer in Deutschland und der Sanften Revolution in der Tschechoslowakei. Die Ereignisse im November 1989 eröffneten für beide Länder und deren Bürger neue Möglichkeiten der Kommunikation und der Entwicklung von partnerschaftlichen Beziehungen. Deutschland wurde vereint und die Tschechoslowakische Föderation wurde auf friedlichem Weg in die Slowakische Republik und die Tschechische Republik geteilt. Beide neu entstandenen Staaten überwinden allmählich das Erbe des kommunistischen Regimes und bewegen sich klar in Richtung Integration in die EU, deren wichtiger Motor gerade die Bundesrepublik Deutschland ist. Der Slowakei ist bewußt, daß die Bundesrepublik Deutschland nicht nur ihr Schlüsselpartner in der Wirtschaft ist, sondern sie auch sehr stark in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Schulwesen unterstützt. Beachtlich ist auch die Hilfe bei der Entwicklung von politischen Institutionen und den in der Vergangenheit unterdrückten Kirchen.

Die Aufrechterhaltung der effektiven Kooperation kann in gewissem Maß der komplizierten innenpolitischen Entwicklung der Slowakei zugeschrieben werden. Infolge der Nichteinhaltung der Regeln der demokratischen Kultur durch die vorherige Regierung des Ministerpräsidenten Mečiar war die Slowakei in den letzten vier Jahren der Kritik seitens der Vertreter des

demokratischen Europas ausgesetzt. Dank des maßgebenden Beitrages der bürgerlichen Organisationen und Initiativen, die eine gesamtslowakische Informations- und Bildungskampagne veranstalteten und selbst den Verlauf der Wahlen beobachteten, kam es bei den letzten Parlamentswahlen im Herbst 1998 zu einem grundsätzlichen politischen Wandel. An die Spitze der Regierung kam Mikuláš Dzurinda, und die Slowakei bemüht sich zusammen mit ihren Nachbarn der Višegrader Vierergruppe um die Intensivierung der gegenseitigen Zusammenarbeit sowie auch um die Zusammenarbeit bei der Integration in die EU. Nach einem gewissen Vakuum gibt es seit Mitte Juni schon einen neuen Präsidenten. Die Bürger erwarten von Rudolf Schuster, der in Deutschland kein unbekannter Politiker ist, daß er zur Entwicklung der Demokratie, zur Abschaffung der Polarisierung, zur Verbesserung der Stellung der Volksgruppen und zur guten Präsentation seines Landes im Ausland beiträgt.

Trotz der vielen positiven Elemente in den gegenseitigen Beziehungen muß man feststellen, daß die Slowakei in Deutschland noch immer ein ziemlich unbekanntes Land ist. Die deutsche Öffentlichkeit hatte ab und zu die Gelegenheit, etwas über das bizarre Verhalten slowakischer Politiker zu erfahren. Aber über die Nichtregierungs- und nichtgewinnorientierten Organisationen (NROs), die seit der Sanften Revolution in der Slowakei neben dem demokratischen staatlichen Sektor und dem unternehmerischen Sektor den lebensfähigen Dritten Sektor aufgebaut haben, wissen die deutschen Bürger, die Vertreter der Medien, aber auch die Politiker nur sehr wenig. Auf der anderen Seite muß man zugeben, daß man auch in der Slowakei kaum genügend Kenntnisse über die Vielzahl an bürgerlichen Organisationen und Stiftungen in Deutschland hat. Man weiß auch nicht, wie die Prozesse der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft in den Bundesländern der ehemaligen DDR verlaufen.

Das Ziel dieses Beitrages ist es, einen kurzen Überblick über den Stand des Dritten Sektors als eine der Hauptstützen der bürgerlichen Gesellschaft in der Slowakei zu vermitteln und auf Beispiele der Zusammenarbeit zwischen slowakischen und deutschen Nichtregierungsorganisationen hinzuweisen.

Wenn man heute den Umfang und die Vielfalt des Dritten Sektors in der Slowakei betrachtet, kann man feststellen, daß nach dem Fall des totalitären Regimes die Bürger ihr Recht auf Versammlung, auf freie Meinungsäußerung und die Möglichkeit, sich an der Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten zu beteiligen, voll in Anspruch nehmen. In der Slowakei existiert heute eine breite Palette von verschiedenen Formen unabhängiger Organisationen, bürgerlichen Vereinigungen, Vereinen, Stiftungen, Klubs, Berufs- und karitativen Organisationen. Laut offiziellen Angaben sind zur Zeit über 14.000 Nichtregierungs- und nichtgewinnorientierte Organisationen registriert. Laut den Ergebnissen der Untersuchungen wird geschätzt, daß in diesen Organisationen ca. 1% der Bevölkerung arbeitet und daß hunderttausende Menschen sich an deren Tätigkeiten in Form von freiwilliger Arbeit beteiligen. Man kann also sagen, daß innerhalb von zehn Jahren in der Slowakei ähnliche Typen von nichtstaatlichen Organisationen entstanden sind, wie in den demokratischen Ländern der EU, vielleicht mit Ausnahme der Stiftungen mit großen finanziellen Mitteln, welche zum Beispiel in Deutschland eine große Rolle bei der Finanzierung der Bildung, der Wissenschaft, der sozialen Dienste, der Entwicklung des politischen und des wirtschaftlichen Systems und der internationalen Zusammenarbeit spielen. Wenn die wirtschaftliche Situation stabiler wird und wenn wohlhabende und philanthropisch fühlende Unternehmer vorhanden sind, für die der Staat günstigere rechtliche Rahmenbedingungen schafft, werden auch in der Slowakei solche Stiftungen entstehen.

Obwohl die Organisationen des Dritten Sektors ein unhierarchisches, dezentralisiertes System von tausenden von Selbstverwaltungsorganisationen darstellen, die sich auf die verschiedensten Bereiche orientieren wie z.B. soziale, humanitäre und karitative Hilfe, Bildung, Menschenrechtsschutz, Umweltschutz, Jugendbetreuung, Entwicklung der Kultur und Entwicklung von Gemeindeinitiativen, haben sie in der Slowakei doch eine eigene Identität, Sprache und Kommunikationsweise gebildet. Viele Experten, aber auch diplomatische und politische Vertreter haben festgestellt, daß der Dritte Sektor in der Slowakei besser entwickelt ist und einen größeren Einfluß auf die Entwicklung der bürgerlichen Partizipation hat als in den

meisten Ländern Mittel- und Osteuropas. Auch in der Öffentlichkeit haben die Nichtregierungsorganisationen laut Meinungsforschungen einen hohen Stellenwert, vor allem dank der verdienstvollen gemeinnützigen Arbeit und der Durchsetzung demokratischer Werte wie der Dezentralisierung der Macht und der Schaffung von Transparenz. Die Nichtregierungsorganisationen haben diese Stufe dank ihrer Fähigkeit, bei der Durchsetzung von gemeinsamen Zielen zu kooperieren und gemeinsam nach Konsens zu suchen, erreicht. Schon seit dem Jahr 1991 treffen sich die Nichtregierungsorganisationen auf einer gesamtstaatlichen Konferenz, die nach dem Ort, wo die erste Konferenz stattfand, den Namen Stupavaer Konferenz erhielt. Auf den Stupavaer Konferenzen diskutieren die Vertreter der NROs über Probleme, die für alle NROs, ohne Rücksicht auf die Bereiche ihrer Tätigkeit, von Bedeutung sind. Außerdem definieren sie auch gemeinsame Ziele und wählen ihre Vertreter - das sogenannte Gremium des Dritten Sektors, das die NROs bei den Verhandlungen mit den Repräsentanten des Staates vertritt und die Interessen des Dritten Sektors nach außen durchsetzt. In dem jetzigen Gremium wirken 13 Persönlichkeiten aus verschiedenen Tätigkeitsbereichen und aus den verschiedenen Regionen der Slowakei, in denen auch Bezirksorganisationen der Nichtregierungsorganisationen etabliert sind. Nur interessehalber sei vermerkt, daß voriges Jahr das Gremium des Dritten Sektors zusammen mit zwei anderen Nichtregierungsorganisationen für seine Arbeit den Preis der EU und der USA für Demokratie und bürgerliche Gesellschaft erhielt. Der Preis wurde bedeutenden bürgerlichen Organisationen in Mittel- und Osteuropa durch den Präsidenten der Europäischen Kommission Jacques Santer, den Präsidenten der USA Bill Clinton und den Premierminister von Großbritannien Tony Blair anlässlich des 50. Jahrestages des Marshall-Plans verliehen.

Eine weitere wichtige, nicht formelle Gruppe ist das „Forum der Spender der Slowakei“, das vor zwei Jahren entstand. Es vereint die mehr als zehn bedeutendsten Sponsorenorganisationen, die die NROs finanziell unterstützen. Das Forum der Spender der Slowakei widmet neben der Verbesserung der Information auch der Ethik des Spendens und der Philanthropie große Aufmerksamkeit. Dank der Aktivitäten des Forums der Spender der Slo-

wakei wird auch die Zusammenarbeit mit ausländischen Stiftungen und Programmen der Regierungshilfe, unter anderen auch mit den EU-Programmen, vertieft. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, daß die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, im Unterschied zu den Botschaften der anderen europäischen Länder in der Slowakischen Republik, wie zum Beispiel Großbritannien und den Niederlanden, über keine finanziellen Instrumente zur Förderung von Projekten der slowakischen NROs verfügt. Es gibt jedoch, wie später beschrieben, viele andere deutsche Institutionen, die unsere NROs fördern bzw. mit ihnen zusammenarbeiten.

Auf die Entwicklung der Information, Verbesserung der Managerfertigkeiten, auf die Kommunikation im Dritten Sektor und dessen internationale Präsentation konzentriert sich schon seit mehreren Jahren die SAIA-SCTS (Slovak Academic Agency / Service Center for the Third Sector). Dank der Internetseite der SAIA-SCTS, können sich die Interessenten mit der Datenbasis der slowakischen NROs, den Publikationen für den Dritten Sektor, mit bedeutenden Ereignissen im Dritten Sektor u.ä. bekannt machen. Ein Teil der Texte ist auch in englischer Sprache verfügbar. Die elektronische Kommunikation im Dritten Sektor ist etabliert und verbreitet sich sehr schnell. Ein großes Verdienst an der Schaffung des virtuellen Raumes für die NROs hat das nichtkommerzielle Computernetz, das durch die Organisation Changenet gewährleistet wird. Viele Bildungs- und Informationsdienste werden auch durch mehrere Dach- und Serviceorganisationen realisiert wie z. B. Slowakischer Humanitärer Rat, Jugendrat der Slowakei, Slowakische Katholische Caritas, Zentrum für Prävention und Lösung von Konflikten (PDCS). Auf das Gebiet des politischen Denkens und des demokratischen Systems konzentrieren sich einige bedeutende unabhängige Forschungs- und Bildungsorganisationen wie zum Beispiel das Institut für Öffentliche Fragen, die Gemeinschaft für Außenpolitik oder das Zentrum für Analyse der Sozialpolitik. Unter den relativ zahlreichen Periodika, die die NROs herausgeben, nimmt die Monatszeitschrift „NonProfit“ den bedeutendsten Platz ein, die schon seit mehreren Jahren die wichtigste Informationsquelle und Plattform für die Präsentation der Problematik des Dritten Sektors darstellt. Sie ist auch in elektronischer Form über das Internet

zugänglich. „NonProfit“ widmet sich regelmäßig auch der Problematik der Legislative für den Dritten Sektor, die in der Slowakei weiterhin akut ist. Im Zentrum der Aufmerksamkeit steht zur Zeit die Frage der Verabschiedung solcher Steuergesetze, die die Bürger und Institutionen mehr zum Spenden stimulieren und gleichzeitig die NROs steuerlich mehr begünstigen sollen. Die Vertreter des Dritten Sektors verlangen auch die Novellierung einiger Gesetze für die verschiedenen Arten von NROs (Gesetz über Stiftungen, Gesetz über Nichtinvestitionsfonds, Gesetz über Nichtregierungsorganisationen), die die frühere Regierung Mečiar verabschiedet hat. Im Hinblick auf die zentralistische Haltung der früheren Regierung wurden diese Gesetze eher als ein restriktiver und nicht als ein stimulierender Rahmen für die Tätigkeit unabhängiger Organisationen geschaffen. Die Abgeordnete im Deutschen Bundestag Elisabeth Altmann war in der Zeit der Proteste der NROs gegen die Bestrebungen der Regierungsmacht, einen restriktiven Rahmen für Stiftungen zu schaffen, eine derjenigen Persönlichkeiten, die klar und öffentlich den Stand der Dinge bezeichneten. Der Entwurf des Gesetzes über Stiftungen wurde im Jahr 1996 auch durch den bedeutenden deutschen Experten Rupert Graf Strachwitz begutachtet und einer Kritik unterzogen. Die Regierung von Mikuláš Dzurinda, die aus den Parlamentswahlen im September letzten Jahres hervorging, hat eine grundlegend unterschiedliche Einstellung zum Dritten Sektor. In ihrer Programmklärung verpflichtete sie sich, eine günstigere Legislative für die Stärkung der Selbstverwaltungs- und Bürgerprinzipien in der Gesellschaft zu schaffen. Die Erfahrungen in Deutschland, wo das Prinzip der Subsidiarität bereits seit langer Zeit erfolgreich angewandt wird, könnten für die Slowakei in vielem nützlich sein.

Für die Slowakei wäre es auch wichtig zu erfahren, wie in Deutschland die Nichtregierungsorganisationen finanziert werden, wie sie an Mittel von den Bürgern, von privaten und öffentlichen Quellen gelangen, in welchem Umfang sie sich das Geld für ihre Tätigkeit in Form von Verträgen und durch Gebühren für Dienstleistungen beschaffen können. Finanzfragen, Fundraising und die finanzielle Beständigkeit von Organisationen des Dritten Sektors stellen in Zukunft Fragen von großer Bedeutung dar. Die slowakischen

NROs konnten sich zur heutigen Form vor allem dank der starken menschlichen, materiellen und finanziellen Hilfe seitens der reifen demokratischen Länder entwickeln. Es waren und sind die vielen amerikanischen, europäischen aber auch japanischen Stiftungen und Hilfsprogramme der Regierungen dieser Länder, die bei der institutionellen Entwicklung von NROs sowie auch bei der Verwirklichung vieler nützlicher Projekte geholfen haben. Heute beenden viele dieser Auslandsorganisationen nach und nach ihre Aktivität in der Slowakei. Die allgemeine wirtschaftliche Situation benötigt jedoch nicht nur Auslandsinvestitionen, sondern auch eine fortlaufende Assistenz für die NROs. Die Kultur des Spendens und des Abschlusses von Dienstleistungsverträgen wird sich mit der Zeit einbürgern. Das erfordert jedoch andere Denkweisen und damit Zeit.

In der Slowakei sind Niederlassungen von vier deutschen Stiftungen tätig (Konrad Adenauer Stiftung, Hanns Seidel Stiftung, Friedrich Ebert Stiftung, Friedrich Naumann Stiftung), deren Ziel es ist, bei der Festigung und Vertiefung der Demokratie mitzuwirken und die Pluralität der politischen und gesellschaftlichen Strukturen im Land zu unterstützen. Gleichzeitig tragen sie mit ihrer Arbeit zur Beschleunigung der Integration der Slowakei in die europäischen politischen und wirtschaftlichen Strukturen bei.

Im karitativen und sozialen Bereich gibt es mehrere gemeinsame Projekte. Das slowakische Diakonische Werk Betánia arbeitet bei der Realisierung seiner karitativen, vor allem auf die Hilfe für kranke, körperlich und geistig behinderte, alte und immobile Menschen orientierten Projekte eng mit dem deutschen Diakonischen Werk Bethania in Solingen und dem Bund freier Evangelischer Gemeinden in Wittenau zusammen.

Das Slowakische Rote Kreuz hat einen langjährigen ausgezeichneten Partner im Deutschen Roten Kreuz mit Hauptsitz in Bonn. Die deutschen Partner haben dem Slowakischen Roten Kreuz nicht nur Experten zur Verfügung gestellt, sondern auch materielle Hilfe auf allen Ebenen gewährt, die sich vor allem in der Zeit der Überschwemmungen in der Ostslowakei in den Jahren 1997 und 1998 bemerkbar machte.

Die Tätigkeit der Vereinigung zur Hilfe für Menschen mit geistiger Behinderung wurde durch die Zusammenarbeit mit der deutschen Nichtregierungsorganisation Lebenshilfe, deren Ziel es ist, Familien mit einem behinderten Mitglied zu helfen, beachtlich beeinflusst. In Zusammenarbeit mit der Organisation Lebenshilfe begann die Vereinigung zur Hilfe für Menschen mit geistiger Behinderung schon im Jahr 1993 ihr Organisationsnetz in der ganzen Slowakei aufzubauen. Dieses Netz besteht heute aus 50 lokalen Vereinigungen mit eigener Rechtssubjektivität.

Die Slowakische Katholische Caritas arbeitet mit dem Deutschen Caritasverband zusammen, insbesondere im Bereich der Bildung und der Entwicklung von sozialen Aktivitäten. Im Rahmen der Koordinierung der Hilfe in den Krisengebieten der Welt durch Caritas Internationalis arbeiten diese zwei Organisationen beim Hilfsprogramm für die Kriegsoffer in der Jugoslawischen Föderativen Republik zusammen.

Ein bedeutender Partner für die slowakischen NROs und viele Institutionen in der Slowakei im Bereich von Bildung und Wissenschaft ist der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD). Seit 1992 arbeitet der DAAD permanent mit der Slowakischen Akademischen Informationsagentur (SAIA) zusammen bei der Erteilung von Informationen über Studienmöglichkeiten in Deutschland und bei der Auswahl von Kandidaten für verschiedene Stipendien für Studienaufenthalte an deutschen Bildungs- und Wissenschaftsinstitutionen. Der DAAD und die Robert Bosch Stiftung entsenden in die Slowakei auch Lektoren der deutschen Sprache, die an den slowakischen Universitäten tätig sind.

Mit dem DAAD sowie mit der Alexander Humboldt Stiftung arbeiten der Humboldt Klub und der DAAD Klub methodisch, organisatorisch und finanziell eng zusammen. Diese Klubs vereinen wissenschaftliche und wissenschaftlich-pädagogische Mitarbeiter aus der Slowakischen Republik, die Stipendiaten an diesen deutschen Institutionen waren.

Die SAIA hat auch Kontakte zu deutschen Organisationen geknüpft, die sich mit der Problematik des Dritten Sektors befassen. Im Bereich der Forschung sei die zweijährige Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Irmtraut Paulwitz

von der Evangelischen Fachhochschule für Sozialwesen in Reutlingen im Rahmen der in den Jahren 1993 und 1994 erfolgten europäischen komparativen Forschung über den Dritten Sektor erwähnt, die in zehn Ländern Europas durchgeführt und vom britischen Voluntary Centre koordiniert wurde. Seit dem Jahr 1994 befindet sich die SAIA im Kontakt mit der Organisation Maecenata - dem Institut für Dritte-Sektor-Forschung im Rahmen des Projekts von Servicezentren für den Dritten Sektor ORPHEUS des Europäischen Stiftungszentrums in Brüssel. Vor kurzem hat die SAIA erste Kontakte mit Monika Monedshikow von der Gesellschaft für solidarische Entwicklungszusammenarbeit e.V. in Berlin geknüpft, die sich vor allem der Hilfe für Entwicklungsländer widmet.

Im Bereich der Arbeit mit Volksgruppen muß die Slowakische Karpatendeutsche Assoziation genannt werden, die eng mit der Gesellschaft für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit Baden-Württemberg in Stuttgart, dem Bundesministerium des Inneren in Bonn und mit der Karpatendeutschen Landsmannschaft in Stuttgart zusammenarbeitet.

Eine Partnerschaft verbindet auch die im Jahre 1995 entstandene Stiftung für die Kinder der Slowakei mit der um ein Jahr älteren Deutschen Stiftung für Kinder und Jugendliche. Beide Organisationen sind Bestandteil des internationalen Netzwerks der amerikanischen International Youth Foundation und fördern finanziell Programme, die zur Verbesserung der Stellung der Kinder und jungen Menschen in der Gesellschaft beitragen.

Die Projekte der Kinderorganisation eRko werden durch die deutsche Organisation Renovabis im Rahmen der Aktion der Solidarität der deutschen Katholiken mit den Menschen Mittel- und Osteuropas finanziell gefördert. Die Organisation eRko hat mehrere Partner im Bereich der Medienzusammenarbeit, genannt seien das Institut zur Förderung publizistischen Nachwuchses e.V., die Katholische Medienakademie KMA sowie die Zusammenarbeit der Zeitschrift „Rebrík“ mit den deutschen Zeitschriften „Benni“ und „Hoppla“.

Im Umweltbereich entwickelt die Vereinigung der Naturfreunde der Slowakei im Rahmen ihrer vielfältigen internationalen Kontakte die Zusam-

menarbeit mit den Organisationen für organisierte Touristik in Deutschland (Naturfreunde, Wandervereine, Volkssportverbände und Camping- sowie Carawaningclubs).

Ein spezielles Gebiet stellen die EU-Fonds dar, in die nicht wenig Geld der deutschen Steuerzahler fließt. Durch das PHARE-Programm erhielt die Slowakische Republik bedeutende Beträge, die ihr in ihrem Transformationsprozeß sowie auch bei der Entwicklung von demokratischen Institutionen und einer bürgerlichen Gesellschaft geholfen haben. Die Slowakei als assoziiertes Mitglied der EU wird im Rahmen der Vor-Beitrittshilfe relativ große finanzielle Mittel erhalten. Diese werden jedoch nicht automatisch in die Slowakei kommen, sondern nur bei Vorliegen gut erarbeiteter Strategien und Projekte. Für viele staatliche Institutionen, aber auch Selbstverwaltungen und NROs sind die mit der Kommunikation mit der EU verbundenen formalen Aspekte sehr anspruchsvoll. Man würde fachlichen Rat bei der Vorbereitung von komplexen Programmen der regionalen Entwicklung, bei denen gemäß der Europäischen Kommission auch nichtstaatliche Subjekte eingeschaltet werden müssen, sehr begrüßen.

Es wird heute immer offensichtlicher, daß der Erfolg der europäischen Integration nicht nur vom Handeln der Regierungsvertreter abhängt, sondern daß möglichst breite Teile der Gesellschaft, einschließlich der NROs, in denen viele strategisch, projektbezogen und verantwortlich denkende Menschen tätig sind, miteinbezogen werden müssen. Die Vertreter des Dritten Sektors sind in der slowakischen Republik Katalysatoren der veränderten Denkweise der Menschen und Verbreiter europäischer, demokratischer Ideen.

Martin Brusis

Förderprogramme für Nichtregierungsorganisationen

1. Einführung

Der Systemwechsel in Mittel- und Osteuropa hat dem traditionsreichen philosophisch-politischen Konzept der Zivilgesellschaft eine überaus prominente Bedeutung verschafft. Die Zivilgesellschaft kann in den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOE-Ländern) fünf wichtige demokratiepolitische Funktionen erfüllen:

1. Konstitution und Schutz der bürgerlichen Freiheitsrechte gegen den Staat.
2. Herstellung von Öffentlichkeit als Sphäre, in der die Legitimität staatlicher Macht begründet werden muß und in Frage gestellt werden kann.
3. Formulierung und Organisierung von Interessen gegenüber dem politischen System. Historisch fand diese Funktion ihre „klassische“ Ausprägung im Pluralismus der Interessengruppen, der den politischen Prozeß in den USA kennzeichnet.
4. Übernahme von öffentlichen Funktionen, die zivilgesellschaftliche Akteure besser als der Staat erfüllen können. Ein Beispiel für diese Funktion findet sich im deutschen Modell der Kooperation zwischen öffentlicher Verwaltung und den Trägern der freien Wohlfahrtspflege.
5. Bildung von „citoyens“, einer „civic culture“ und von sozialem Kapital, d.h. die Vermittlung, Pflege und Förderung einer allgemeinen staatsbürgerlichen Engagementbereitschaft und einer ver-

staatsbürgerlichen Engagementbereitschaft und einer verlässlichen Akzeptanz demokratischer Normen.

Die Zivil- oder Bürgergesellschaft erfüllt diese demokratiepolitischen Funktionen, indem die Akteure der Zivilgesellschaft, die Nichtregierungsorganisationen (NROs), zusammenwirken. Die Förderung einzelner NROs in Mittel- und Osteuropa basiert auf der Annahme, daß die Unterstützung der jeweiligen Einzelaktivitäten insgesamt dazu führt, daß eine starke Zivilgesellschaft entsteht, die die genannten Funktionen für die Demokratie leistet.

Die organisatorische Basis der Zivilgesellschaft wird vom sogenannten Dritten Sektor gebildet, einem zwischen dem Staatssektor, der Privatwirtschaft und der Sphäre privat-familiärer Gemeinschaft existierenden Bereich von Organisationen. Idealtypische Merkmale des Dritten Sektors sind Freiwilligkeit und Solidarität. Das Koordinationsprinzip der Freiwilligkeit unterscheidet sich von den Prinzipien der Hierarchie, des Wettbewerbs und der persönlichen Verpflichtung, die die primären Prinzipien der Handlungskoordination in den anderen Sektoren darstellen. Die wichtigste Wertgrundlage im Dritten Sektor ist die Solidarität und nicht primär die Wahlfreiheit der Marktteilnehmer, die (rechtlich verankerte) Gleichheit der Staatsbürger oder die persönliche Freundschaft.

Diese in einer soziologischen Klassifizierung hervortretenden Merkmale weisen darauf hin, daß ein gut funktionierender, aktiver Dritter Sektor eine außerordentlich voraussetzungsvolle Institution ist. Die externe Förderung von NROs soll die Entwicklung eines solchen Dritten Sektors und damit die Zivilgesellschaft in Mittel- und Osteuropa unterstützen. Im folgenden sollen sechs typische Probleme der NRO-Förderung in Mittel- und Osteuropa benannt werden, die möglicherweise die slowakische Situation nur begrenzt widerspiegeln, aber die allgemeinen Erfahrungen in der Region reflektieren.

1. Oftmals verfügt der Dritte Sektor in den Transformationsländern nur über eine begrenzte Eigenständigkeit. Viele NRO-Aktivitäten orientieren sich an den Förderpräferenzen externer Geber, ohne die demokratiepolitischen Erfordernisse und Prioritäten ausreichend zu berücksichtigen. Dies hat zur Folge, daß die Zivilgesellschaft gewisse artifizielle Züge aufweist und auf ihre bereits zuvor existierenden urban-intellektuellen Entwicklungskerne zurückzufallen droht, sobald ausländische Sponsoren ihre Unterstützung zurückziehen.
2. Die andere Seite dieses Problems äußert sich darin, daß die Aktivitäten einzelner NROs nur locker mit den allgemeinen Demokratisierungsfunktionen der Zivilgesellschaft verknüpft sind. NRO-Vertreter und insbesondere die Geberorganisationen wissen nicht genügend über die spezielle demokratiepolitische Notwendigkeit sowie Wirksamkeit dieses oder jenes konkreten Projektes. Viele Projekte sind möglich, und jeder Antragsteller reklamiert Relevanz für seinen Vorschlag. Umso schwieriger ist es, die knappen Ressourcen im Hinblick auf die demokratiepolitische Gesamtwirkung optimal zu verteilen. Dies führt dazu, daß die Geber sich eher an ihren eigenen Prioritäten als an der - vielfach nicht genau abschätzbaren - Zweckmäßigkeit eines Projektes orientieren.
3. In Westeuropa ergänzt der Dritte Sektor einen funktionierenden Wohlfahrtsstaat und eine funktionierende Marktwirtschaft, in Mittel- und Osteuropa soll der Dritte Sektor dagegen neben eine noch nicht richtig funktionierende Marktwirtschaft und einen nicht mehr (oder noch nie) funktionsfähigen Wohlfahrtsstaat treten. Die häufig beobachtbare Folge ist, daß er Markt und Staat tendenziell ersetzt, obwohl seine Stärke weder in der Produktion kommerzieller Güter und Dienstleistungen, noch in der Bereitstellung öffentlicher Güter liegt. Die Instrumentalisierung des Dritten Sektors läßt sich einerseits darin beobachten, daß die staatliche Verwaltung sozialpolitische Aufgaben auf NROs verlagert, um sich der Verantwortung zu entziehen. Andererseits werden NROs aus privatwirtschaftlichen Profitmotiven gegründet und dienen dazu, vor allem Steuern zu vermeiden oder Spendenmittel einzustreichen. Aus dem Zwang zur Neugründung des

Dritten Sektors in den MOE-Ländern ergibt sich indes auch eine Chance zur Innovation, die in Ländern mit einem etablierten Dritten Sektor in dieser Weise nicht besteht.

4. Freiwilliges Engagement setzt freie Zeit und Engagementbereitschaft voraus, über die nur Bevölkerungsgruppen mit einem mittleren bis hohen Einkommen verfügen bzw. Personen mit einer Berufstätigkeit, die Freiräume für Engagement läßt. Deshalb beschränkt sich der Dritte Sektor in Mittel- und Osteuropa gewöhnlich auf kleine, urban-bildungsbürgerliche Milieus. Bürgergesellschaftliches Engagement läßt sich in den für die meisten mittel- und osteuropäischen Länder typischen ländlich-traditionellen Strukturen nicht oder nur mit großem aufklärerischem Aufwand verankern.
5. Die Möglichkeiten zur externen Förderung von NROs werden stark davon beeinflußt, ob die Regierung des betreffenden Landes kooperativ, ablehnend-gleichgültig oder ablehnend-destruktiv eingestellt ist. Da in der Slowakischen Republik nach den Parlamentswahlen im September 1998 kooperative Politiker die Regierung übernommen haben, haben sich die politischen Rahmenbedingungen für die Entwicklung und Förderung der Zivilgesellschaft inzwischen wesentlich verbessert. Allerdings dürften sich mit den veränderten Rahmenbedingungen auch die Förderprioritäten verlagern. Von den eingangs skizzierten Funktionen der Zivilgesellschaft wächst der Öffentlichkeitsherstellung und der Bildung einer staatsbürgerlichen politischen Kultur nunmehr größere Bedeutung zu als dem Schutz der Freiheitsrechte und der Interessenvertretung gegenüber dem Staat. Es wäre noch genauer zu bestimmen, welche konkreten Aktivitäten in dieser Phase besonders wichtig für die Stabilisierung der Demokratie sind.
6. Schließlich ist die externe Förderung von NROs auch mit verschiedenen Managementproblemen konfrontiert. Zu diesen gehört etwa der Zielkonflikt zwischen einer wirksamen Kontrolle der Mittelverwendung und der Vermeidung bürokratischer Verfahren bei der Projektabwicklung. Oftmals setzen Geber auch zu kurzfristige Förderzeiträume, die die besonderen Schwierigkeiten in Mittel- und Osteu-

ropa sowie die erst nach einigen Jahren eintretenden Wirkungen nicht berücksichtigen.

Diese skeptischen Bemerkungen mögen nur begrenzt auf die Slowakische Republik passen, in der weitgehend aus eigener Kraft ein entwickelter Dritter Sektor aufgebaut worden ist. Dennoch erscheint es notwendig, die Potentiale der im folgenden dargestellten Fördermöglichkeiten vor dem Hintergrund des allgemeinen gesellschaftlichen und demokratiepolitischen Kontextes einzuschätzen.

2. Fördermöglichkeiten

Dieser Teil des Beitrages liefert einen Überblick zum PHARE-Programm der EU und stellt zwei Beispiele für eine Vernetzung zwischen Kommunen in West- und Osteuropa vor.

a) PHARE

Das PHARE-Programm der Europäischen Union repräsentiert das finanziell bedeutendste externe Förderprogramm für die Demokratisierung und ökonomische Transformation der MOE-Länder. Mit Annahme der Agenda 2000 wurde das PHARE-Volumen von 1 auf 1,5 Mrd. Euro jährlich erhöht. Detaillierte Informationen über PHARE lassen sich unter der Internet-Adresse <http://europa.eu.int/en/comm/dg1a/phare.html> abrufen. Das PHARE-Programm besteht aus Länderprogrammen, die weitgehend dezentral in den einzelnen Teilnehmerländern verwaltet werden, Mehrländerprogrammen und den horizontalen Programmen. Die horizontalen Programme werden von der Kommission direkt angeboten und verwaltet. Sie haben einen Gesamtumfang von ca. fünf Prozent des PHARE-Budgets und betreffen Schlüsselprobleme der Beitrittsvorbereitung.

Von den horizontalen Programmen sind vor allem das Lien-, Partnership- und das Demokratie-Programm für die Förderung von NROs relevant. Im Lien-Programm wurden bisher Projekte gefördert, die die Kapazität von NROs stärken und Bürgerinitiativen unterstützen sollen. Im Jahr 1999 ist

jedoch nur noch eine Ausschreibung für Projekte in den GUS-Ländern geplant. Die Europäische Kommission will Lien mit dem Partnership-Programm, das lokale Entwicklungsprojekte von Non-Profit-Organisationen förderte, zu einem neuen Programm zusammenfassen: "PHARE Access", das die Zivilgesellschaft in den MOE-Ländern stärken soll. Eine neue Ausschreibung zu diesem Programm wird allerdings erst im Jahr 2000 stattfinden.

Das PHARE/Tacis-Demokratieprogramm wurde 1992 auf Vorschlag des Europäischen Parlaments eingerichtet und umfaßte im Zeitraum von 1993-1996 ein Volumen von 76 Mio. ECU. Da die Umsetzung des PHARE/Tacis-Demokratieprogramms mit einigen Problemen verbunden war, ersetzte die Kommission das Programm im Jahre 1998 durch die Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte. Die jüngste Ausschreibung zu diesem Programm erschien im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, C 170/10 vom 17.6.99 und läßt sich unter der Internet-Adresse <http://europa.eu.int/comm/scr/tender/index.htm> herunterladen. Auf dieser Webseite werden auch andere aktuelle Projektausschreibungen im Rahmen des PHARE/Tacis-Programms veröffentlicht.

Im folgenden soll diese bis zum 27.8.99 geöffnete Projektausschreibung als Beispiel für die Zielsetzungen und Förderbedingungen der Europäischen Initiative für Demokratie und Menschenrechte ausführlicher beschrieben werden. In den nachfolgenden Ausschreibungsverfahren werden sich diese Modalitäten voraussichtlich nicht grundsätzlich ändern. Als Antragsteller für ein Projekt kommen gemeinnützige nichtstaatliche Organisationen, kommunale Organisationen sowie Körperschaften und Akteure des öffentlichen und privaten Sektors in Frage. Finanzierungsfähige Kosten sind zum einen die direkten Kosten, d.h. Personalkosten (Tagessätze), Reise- und Unterkunftskosten, Material, Ausstattung und Verbrauchsgüter, Finanzdienstleistungen, Miet- und Transportkosten sowie weitere projektnotwendige Dienstleistungen. Bis zu einem Anteil von sieben Prozent der gesamten Projektkosten werden aber auch allgemeine Verwaltungskosten finanziert. Die Kommission trägt nur max. 90 Prozent dieser Kosten, mindestens zehn Prozent müssen vom Antragsteller selbst gedeckt werden, allerdings

darf dies nicht durch eingebrachte Sachleistungen geschehen. Die maximale Projektdauer beträgt 36 Monate. Die eingereichten Anträge werden nach drei Kriterien bewertet:

1. Vollständigkeit des Antrags.
2. Technische Angemessenheit (Übereinstimmung mit den EU-Strategien, Projektrelevanz bezogen auf lokale Bedürfnisse, Dauerhaftigkeit, Multiplikatoreffekte, Qualifikation des Projektteams).
3. Finanzielle Angemessenheit (Effizienz, zulässige Kosten).

Priorität erhalten erstens diejenigen Projekte, die nach einer Heuristik geplant sind (Logical Framework), die eine Zielhierarchie, Erfolgsannahmen und objektiv nachprüfbare Erfolgsindikatoren angeben, und zweitens diejenigen Antragsteller, die mit Partnern zusammenarbeiten. Der Gesamtrahmen der Europäischen Initiative für Demokratie und Menschenrechte enthält mehrere thematisch differenzierte Haushaltslinien, darunter eine spezielle Haushaltslinie, die auf die Förderung der Demokratie in den MOE-Ländern sowie in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens zielt (B7-700). Dieses Teilprogramm hat folgende thematische Schwerpunkte:

1. Entwicklung von Demokratie, Rechtsstaat und Zivilgesellschaft;
2. Medien und Pressefreiheit;
3. Inter-ethnischer Dialog;
4. Wiederherstellung von Demokratie in der Zivilgesellschaft, etwa durch regionale NROs, Gewerkschaften und Frauenverbände);
5. Gleichberechtigung der Frauen in Entscheidungsprozessen;
6. Gefährdete gesellschaftliche Gruppen;
7. Von der Kommission in ihrem Fortschrittsbericht festgestellte Defizite im Bereich von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Die in diesem Teilprogramm beantragten Projekte müssen ein Volumen von mindestens 500.000 EURO haben, kleinere Projekte sollen im Regelfall bei den Delegationen der Europäischen Kommission in den mittel- und osteuropäischen Ländern beantragt werden. Das Gesamtvolumen der Haushaltlinie B7-700 beträgt 15 Mio. EURO, für die Ausschreibung im Jahre 1999 sind 3,5 Mio. EURO bereitgestellt. Im Jahre 1998 wurden in dieser Haushaltlinie neben Konfliktpräventionsaktivitäten in Südosteuropa u.a. die folgenden beiden Projekte gefördert: Das Bildungswerk der Sächsischen Wirtschaft veranstaltete Qualifizierungsseminare für Unternehmerverbände in Tschechien, Polen, Ungarn, Slowenien und der Slowakei, um sie mit den Methoden und Praktiken von Sozialpartnerschaft und demokratischer Verbandsführung vertraut zu machen. Das Zentrum für Europäische Sicherheitsstudien führte mehrere Tagungen mit Journalisten, Abgeordneten und Offizieren aus Bulgarien, Rumänien, Tschechien, Polen, Ungarn und der Slowakei über die zivile Kontrolle der Sicherheitsstrukturen durch. Diese Beispiele zeigen, daß die Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte vielfältige Möglichkeiten zur Förderung unterschiedlicher Projekte bietet.

b) Vernetzung von Städten in Ost- und Westeuropa

Nachfolgend sollen zwei beispielhafte Projekte skizziert werden, die stärker auf der Zusammenarbeit mit gleichrangigen westlichen Partnern basieren. Zum einen veranstaltet die Internationale Begegnungsstätte Jagdschloß Glienicke in Berlin seit 1991 ein Begegnungs- und Fachprogramm in Kooperation mit dem Budapester Stadtteilzentrum Esély und der kommunalen Sozialverwaltung in Debrecen. Kommunalpolitiker und Sozialarbeiter aus den beiden ungarischen Organisationen besuchen Projekte des Dritten Sektors in Berlin, und interessierte Berliner informieren sich in Budapest und Debrecen über die politische und soziale Situation in Ungarn. Diese Kooperation läßt sich dadurch finanzieren, daß der jeweils gastgebende Partner ein Programm vorbereitet und die Unterkunft der Besuchergruppe trägt, die besuchende Gruppe ihre Anreise- und Dolmetschkosten selbst übernimmt. Die Aufenthaltskosten der ungarischen Gruppen in Berlin werden

teilweise durch Teilnehmergebühren, teilweise durch Zuschüsse des Landes Berlin finanziert. Eine wesentliche Erfolgsbedingung dieser Kooperation ist, daß sie die unterschiedlichen Interessenstrukturen der Teilnehmer beachtet. Während die ungarische Seite ein besonderes fachliches Interesse am deutschen Modell des "welfare pluralism" hat, interessieren sich deutsche Teilnehmer eher generell für den gesellschaftlichen Wandel in Ungarn bzw. die Kultur des Landes.

Zum anderen veranstaltete die westfälische Stadt Soest zusammen mit ihren ost- und westeuropäischen Partnerstädten im Jahre 1995 zwei Seminare über den Austausch von "best practices" in der kommunalen Sozialpolitik und Wirtschaftsförderung. Der Grundgedanke dieser Kooperation bestand darin, daß eine Städtepartnerschaft sich nicht nur in einem Politiker- und Volkstanzgruppentourismus erschöpfen sollte, sondern ein kaum erschlossenes Vernetzungspotential bietet. Das Netzwerk entstand aus Soest und seiner polnischen, ungarischen, britischen und niederländischen Partnerstadt sowie aus einer weiteren ungarischen und einer türkischen Stadt, die wiederum Partnerstädte der Soester Partnerstädte waren. An den Seminaren nahmen Mitarbeiter der kommunalen Wirtschaftsförderung und der Sozialämter einerseits, der lokalen Wirtschaftskammern und sozialarbeiterisch tätigen NROs andererseits teil.

Während die jeweils gastgebende Kommune die Kosten für Unterkunft und Verpflegung trug, übernahmen die Teilnehmer selbst die Reisekosten. Da die Übersetzungskosten den finanziellen Rahmen des Seminars gesprengt hätten, wurde Englisch als Sprache vereinbart. Anfängliche Sprachschwierigkeiten ließen sich dadurch weitgehend überwinden, daß zu Beginn eine Einführung mit Vermittlung des jeweiligen Fachvokabulars stattfand und daß vor allem jüngere Mitarbeiter mit guten Sprachkompetenzen ausgewählt wurden. Der Vorteil dieses Netzwerkes bestand vor allem darin, ein durch einen bilateralen West-Ost-Austausch suggeriertes einseitiges Lehrer-Schüler-Verhältnis zu vermeiden und auch Lernprozesse in der West-West- bzw. Ost-Ost-Richtung zu ermöglichen. Mit ihrem Ecos/Ouverture-Programm ermöglicht die EU eine Förderung solcher interkommunaler

Kooperationsprojekte zwischen ost- und westeuropäischen Kommunen bzw. Regionen.

Als Fazit läßt sich festhalten, daß der Erfolg derartiger transnationaler Kooperationsprojekte vor allem darauf basiert, daß eine originelle, innovative aber zugleich realisierbare Projektidee entsteht und daß konkrete Einzelpersonen in den beteiligten Partnerorganisationen sich für das Projekt begeistern. Wenn diese beiden Voraussetzungen gegeben sind, dann können die Förderungsempfänger zumindest einen Teil der eingangs angesprochenen allgemeinen Probleme der NRO-Förderung bewältigen.

Adriena Richterová

Unterstützung slowakischer Nichtregierungsorganisationen durch das PHARE-Programm

Den Kern des vorliegenden Beitrages bildet das PHARE-Programm und seine Implementation in der Slowakei. Zu Beginn einige Worte über die Entstehungsgeschichte des PHARE-Programms: Es existiert seit 1989 und ist ein wichtiges Instrument der EU, bestimmt als breitgefächerte Transformationshilfe für die ost- und mitteleuropäischen Länder. Das Programm bietet einerseits finanzielle Hilfe im Bereich des ökonomischen Transformationsprozesses, andererseits soll es aber auch helfen, die Werte einer demokratischen Gesellschaft zu festigen. Dabei ist von Vorteil, daß die finanzielle Hilfe mit dem Austausch von Know-how, der Fachberatung sowie einer gezielten Schulung verbunden wird. Die Realisierung des PHARE-Programms wurde 1989 in Polen und Ungarn begonnen (daher auch die Benennung PHARE-Poland and Hungary: Assistance for Restructuring the Economy) und breitete sich nach und nach auf weitere 11 mittel- und osteuropäische Länder aus. Voraussetzung für ein PHARE-Hilfsprogramm ist die politische Stabilität des betreffenden Landes, sowie das Eintreten für demokratische Prinzipien und die Grundsätze eines freien Marktes. Es ist eigentlich der Beginn eines Dialoges zwischen dem jeweiligen Land und der Europäischen Kommission. Das Programm wird auf bilateraler Ebene mittels des sogenannten nationalen Programms umgesetzt. Die Vorschläge, in welche Bereiche vorzugsweise die finanzielle Hilfe des

PHARE-Programms fließen soll, erstellen die Regierungen der einzelnen Länder. Bei der Implementierung des Programmes wird streng auf Dezentralisierung geachtet.

Diejenigen Länder, die Hilfe im Rahmen des PHARE-Programms erhalten, deklarierten eindeutig ihr Interesse an einer Mitgliedschaft in der EU, und mehrere von ihnen haben bereits Assoziierungsverträge unterschrieben. Will sich ein Land um die Mitgliedschaft in der EU bewerben, muß es unter anderem auch die im Juni 1993 in Kopenhagen vom Europäischen Rat angenommenen Kriterien und Empfehlungen erfüllen. Außer einer funktionierenden Marktwirtschaft und eines angeglichenen gesetzlichen Besitzstandes werden auch demokratiegewährleistende Institutionen, Rechtsstaatlichkeit sowie der Schutz von Menschenrechten und Rechten der nationalen Minderheiten verlangt. Diesen Standpunkt vertreten alle Mitgliedstaaten der EU und sie bilden auch den Kern der Hilfsstrategie im Rahmen des PHARE-Programms. Die Stärkung dieser Grundsätze im betreffenden Land ist jedoch ohne eine gut funktionierende Bürgergesellschaft und einen gesunden nichtregierungsorganisatorischen Bereich undenkbar.

Die EU, die sich der bedeutenden Rolle des Nichtregierungssektors für eine ausgewogene Entwicklung des jeweiligen Landes bewußt ist, erstellte im Rahmen des PHARE-Programms ein wirksames Mittel als Stütze für die Tätigkeit von Nichtregierungsorganisationen - das Programm zur Entwicklung der Bürgergesellschaft. Es ist ein breitgefächertes Programm, das helfen soll, eine pluralistische, demokratische Gesellschaft aufzubauen, geeignete Voraussetzungen für die Zusammenarbeit des Nichtregierungssektors mit der Regierung zu schaffen, das Interesse der Bürger für öffentliche Angelegenheiten in verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu wecken und mittels überdurchschnittlicher Aktivitäten anfallende Probleme im Bereich der Sozialleistungen wie Gesundheitswesen, Umweltproblematik und anderer Bereiche zu lösen. Das PHARE-Programm enthält noch drei weitere, finanziell niedriger dotierte Programme, die Möglichkeiten bieten, bestimmte Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen zu unterstützen. Es geht um das Demokratische Programm (demokratische Projek-

te), das Programm Lien (bestimmt für benachteiligte Bürgergruppen) und das Programm Partnership (bestimmt für die Regionalentwicklung, zur Stärkung des Sozialdialoges und die Requalifizierung von Arbeitslosen).

Mit der Verwaltung der für Nichtregierungsorganisationen bestimmten Finanzmittel aus dem PHARE-Programm beauftragte die EU-Kommission im Jahre 1993 die Stiftung zur Förderung von Bürgeraktivitäten (NPOA). Diese selbständige, unabhängige Stiftung ist zur Zeit eine der zwei bedeutendsten Förderorganisationen in der Slowakei. In der Stiftung entscheidet eine aus neun Mitgliedern bestehende Verwaltung über die Verteilung der Fördermittel an slowakische Nichtregierungsorganisationen.

Es empfiehlt sich, an dieser Stelle eine kleine Statistik aufzustellen. Im zeitlichen Ablauf von sechs Jahren bewilligte die Stiftung in allen vier ausgewählten Programmen insgesamt 662 Fördermaßnahmen im Gesamtwert von 5,6 Mio. Euro (ca. 224 Mio. slowakische Kronen, 9,783 Mio. DM). Man kann ohne Übertreibung feststellen, daß mittels der NPOA Stiftung die finanziellen Mittel aus dem PHARE-Programm in alle Tätigkeitsbereiche der slowakischen Nichtregierungsorganisationen geflossen sind. Es wurden Projekte im Bereich der Umwelt, der Menschenrechte und der Minderheitenrechte, der Entwicklung der Freiwilligentätigkeit, des Bildungswesens, der Sozialdienste, der Gesundheitsprävention, der Demokratie und der Kultur unterstützt. Die NPOA besitzt ein transparentes, übersichtliches Regelsystem, das leicht erkennen läßt, wie man Fördermittel beantragt. Die NPOA besitzt aber auch ein Kontrollschema über erteilte Finanzmittel und deren Evaluierungen. Die alljährlich erteilten Fördermittel werden nach mehreren Aspekten ausgewertet. So vergleicht man z.B. prozentual die erteilten Fördermittel nach einzelnen Themenbereichen. Als sehr wichtig erachtet man auch die regionale Einteilung von Fördermitteln, um ihre übermäßige Konzentration in Bratislava und Umgebung zu vermeiden. Soll das Programm erfolgreich sein, muß es eine gesamtslowakische Dimension haben.

In der heutigen Welt zeigt sich die Bedeutung der Kommunikation und des Zugriffs auf Informationen. Ziel des von der NPOA produzierten Internet-

programms war es, einen gemeinsamen Kommunikationsraum für slowakische Nichtregierungsorganisationen zu schaffen. Aus PHARE-Mitteln wurden technische Geräte angeschafft, und man baute einen Internetserver auf, der nun alle gängigen Internetdienste leistet. Fünfzig Nichtregierungsorganisationen wurde zudem nach strenger Auslese ein einjähriger unentgeltlicher Anschluß ans Internet zur Verfügung gestellt sowie Benutzer-schulungen ermöglicht. Die Ergebnisse dieses Internetprogramms waren in der Slowakei derart ermutigend, daß die Soros-Stiftung Open Society Foundation das Programm fortsetzt. Ein weiteres, sehr wichtiges Informationsmedium für Nichtregierungsorganisationen in der Slowakei, das Unterstützung aus PHARE-Mitteln erhalten hat, ist die Monatszeitschrift Non-Profit, eine Zeitschrift, die über Tätigkeiten des Nichtregierungssektors informiert.

Der Nichtregierungssektor bietet den Bürgern aus dem gesamten Bereich der Gesellschaft eine legitime Plattform für Diskussionen, die ohne staatlichen Eingriff durchgeführt werden, aber dennoch auf den Staat ihre Auswirkungen haben. Damit ein effektiver Dialog zwischen Nichtregierungsorganisationen, der staatlichen Verwaltung oder direkt zwischen den einzelnen Ministerien und der Selbstverwaltung zustande kommt, wurden, basierend auf den jeweiligen Ansichten und Trends, verschiedene lobbyistische Gruppen gebildet. Die NPOA unterstützte aus den PHARE-Mitteln die Tätigkeit solcher Gruppen, ob im Bereich der Legislative im Zusammenhang mit den NROs oder im Bereich der Umwelt. Zudem unterstützte die NPOA die Tätigkeit des Gremiums des Dritten Sektors - eines informellen Dachverbandes, der die Interessen der Nichtregierungsorganisationen in der Slowakei vertritt.

Traditionell ist das am stärksten unterstützte Gebiet im Rahmen des Entwicklungsprogrammes der Bürgergesellschaft der Bereich der Sozialdienste, also die Tätigkeit jener Nichtregierungsorganisationen, die verschiedene Hilfsformen für Behinderte sichern, sich der Prävention verschiedener Abhängigkeiten widmen, Sozialisierungszentren leiten und sich verschiedent-

lich um alte Mitmenschen, um Menschen in Not, um problematische Jugendliche und andere kümmern.

In der Slowakei, wo 18% der Bevölkerung zu einer Minderheit gehören, arbeiten mehrere Nichtregierungsorganisationen auch im Bereich der Menschen- und Minderheitenrechte. Die NPOA unterstützte diesbezüglich Projekte, die zum Aufbau der Toleranz unter den Menschen beitragen, sich mit dem Schutz der Menschenrechte befassen oder verschiedene Bildungs- und Entwicklungsprojekte sowie multikulturelle Programme mit einer gesamt-slowakischen Wirksamkeit realisieren.

Eine besondere Bedeutung besitzt im Rahmen des PHARE-Programms der Bereich Demokratie. Hierfür sind Fonds in zwei Programmen bereitgestellt, im Entwicklungsprogramm einer Bürgergesellschaft und im Demokratisierungsprogramm. Im vergangenen Jahr, dem Jahr der Parlaments- und Kommunalwahlen in der Slowakei, startete der Nichtregierungssektor eine massive gesamt-slowakische Aufklärungskampagne unter dem Namen „OK '98“, ausgerichtet auf die Steigerung der Informationsfreudigkeit der Wähler, deren Motivierung zur Beteiligung an der Wahl und die Aufsicht über einen regulären Wahlablauf. Zur Finanzierung einer großen Anzahl von parteiunabhängigen Projekten war es notwendig, finanzielle Mittel mehrerer Geldgeber zu vereinen. Die Stiftung zur Unterstützung von Bürgeraktivitäten und die PHARE-Stiftung haben die Kampagne nachhaltig unterstützt.

Über die Aktivitäten der Nichtregierungsorganisationen, die Fördermittel aus dem PHARE-Programm erhalten haben, könnte man sehr lange diskutieren. Viele Ergebnisse der Projekte sind statistisch meßbar - wie z.B. die Anzahl von Freiwilligen bei bestimmten Veranstaltungen, oder die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen für Behinderte in für diesen Zweck errichteten Spezialwerkstätten. Aber beim Aufbau einer Bürgergesellschaft geht es noch um etwas anderes - nämlich um einen neuen Blickwinkel der Weltbeachtung, um eine vermenschlichte Wertskala, um die Chancengleichheit, um den Abbau von Gleichgültigkeit und Vorurteilen und um das Begehren, etwas für das Wohl anderer zu leisten. Es geht also um empfindliche und

zerbrechliche Werte, deren Meßbarkeit noch nicht erfunden worden ist, deren Präsenz im Alltagsleben aber um so mehr zu spüren ist, auch dank des PHARE-Programms.

Ivo Samson

Die Auswirkungen des Regierungswechsels vom Herbst 1998 auf die Slowakei

1. *Der Charakter der Veränderungen*

Die Entwicklungen seit dem Regierungswechsel im Herbst 1998 zeigen, daß die Slowakei sich nun endgültig auf dem Weg der Integration in die westlichen Strukturen befindet. Als Argumente, die diese Überzeugung begründen, sind die integrationsfreundliche Regierungserklärung der jetzigen Regierung und die von ihr durchgeführten Maßnahmen zu nennen, die einer geschichtlichen Zäsur, zuweilen sogar einem Paradigmenwechsel gleichgesetzt werden. Es steht außer Zweifel, daß die in den Parlamentswahlen im vergangenen September gewählte Regierung sich im Vergleich zur ehemaligen Regierung eindeutig für die Integration der Slowakei sowohl in die EU als auch in die NATO einsetzt. Anhand des tatsächlichen Verhaltens kann man sogar annehmen, daß die Regierung beide Integrationen - die in die NATO und die in die EU - als voneinander untrennbar ansieht. Dadurch unterscheidet sich die gegenwärtig regierende Elite auch von der vorübergehenden „liberalen“ Moravcik-Regierung während des Jahres 1994, in der über die Integrationsprioritäten noch diskutiert wurde, und die der EU-Integration einen Vorrang vor der NATO-Integration einräumte. Man kann demnach folgendes feststellen:

- Die neue Regierung unterscheidet sich von der vorherigen Regierung nicht

nur formell, sondern auch in bezug auf die praktische, reale Politik.

- Die gestiegene Akzeptanz der neuen slowakischen Regierung im Westen war unmittelbar nach den Wahlen bzw. nach der Zusammenstellung des neuen Kabinetts zu erkennen. Was dem ehemaligen Ministerpräsidenten in den vergangenen Jahren verweigert wurde (Empfang durch westliche Politiker auf höchster Ebene), ist dem neuen Ministerpräsidenten sofort gelungen.
- Die Integrationsabsichten der neuen Regierung werden auch von der Bevölkerung als glaubwürdig gewertet. Diese Glaubwürdigkeit genoß die ehemalige Regierung nicht.

Den Integrationswillen der Regierung kann man nicht allein vom Bekenntnis zur Integration in der Regierungserklärung vom Dezember 1998 ableiten, denn dasselbe Bekenntnis, sogar noch stärker artikuliert, findet sich auch in der Programmklärung der Vorgängerregierung vom Januar 1995. Aus dieser Sicht ist es sogar sympathischer und ermutigend, daß die jetzige Regierung in ihrem Regierungsprogramm die Integration in die EU und NATO zwar als Priorität erwähnte, aber diese Priorität viel nüchterner als die ehemalige Regierung im Jahre 1995 formulierte. Trotz des eindringlich deklarativen Integrationscharakters hatte man damals aus bekannten Gründen den realen Integrationswillen der Slowakei sowohl in großen Teilen der heimischen Bevölkerung als auch in vielen EU-Ländern bezweifelt. Die Situation der jetzigen Regierung ist hingegen anders: Seit dem Regierungswechsel bezweifelt man kaum die ernstesten Integrationsbestrebungen der Slowakei. Man erhebt aber jetzt Bedenken, ob das Land - trotz des aufrichtigen Integrationswillens der Regierung - auch objektiv integrationsfähig ist, mit anderen Worten, ob die Regierung auch imstande ist, die nötigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen durchzuführen und ob auch die Bevölkerung reif genug ist, sich sozialpolitisch zu transformieren, damit nicht nur die Regierung, sondern auch die Gesellschaft samt ihren Institutionen für den EU- und NATO-Beitritt bereit ist.

2. Der Stand der Bürgergesellschaft

Die Bürgergesellschaft in der Slowakei wurde in den letzten Jahren gestärkt. Nach den Wahlen, in denen die Mehrheit der Wähler ihre Stimme den Parteien gab, die sich in ihren Wahlprogrammen mehr für das Bürgerprinzip als für das National- und Klassenprinzip einsetzten, kann man eindeutig von einer Stärkung der Bürgergesellschaft sprechen. Es wurde auch betont, wie hoch der Anteil des sogenannten Dritten Sektors an der Mobilisierung der Bürger vor den Wahlen gewesen ist, und der Dritte Sektor wurde zum ungekrönten Sieger der Wahlen erklärt. Diese Behauptungen entsprechen genau den Tatsachen, aber eben deswegen ergeben sich zwei widersprüchliche Feststellungen:

1. Die slowakischen Wähler haben sich bisher (bis 1998) nicht als selbstbewußte Bürger verhalten und bevorzugten bei ihrem Wahlverhalten die politischen Kräfte, die ausdrücklich geradezu antibürgerliche Prinzipien verkörperten. Dadurch unterscheidet sich in der ersten Dekade nach dem Umbruch von 1989 die politische Entwicklung in der Slowakei stark von dem Wahlverhalten der Bürger in den benachbarten Visegrad Ländern und Slowenien.
2. Der Dritte Sektor hat sich in den vergangenen Jahren insoweit gefestigt und aktiviert, daß er sogar den wiederholten Angriffen der Staatsmacht in den Jahren 1995 - 1998 widerstehen konnte. Die Kampagne des Staates gegen die Nichtregierungsorganisationen (NROs) war der beste Beweis für die Bedrohung, die das Bürgerprinzip für den Nationalstaat bedeutet.

Wenn wir heute das Verhalten der Bürger in den Jahren lange nach der großen Wende von 1989 betrachten, gibt es genug Gründe zur Vorsicht. Die Frage stellt sich, ob das Erwachen der Bürgergesellschaft als dauerhaft oder nur zeitlich befristet angesehen werden kann. Ist es der Beginn eines unaufhaltsamen Prozesses zur Gestaltung wahrer Bürgeridentität? Oder ist es nicht umgekehrt bloß eine durch die extreme politische Polarisierung verursachte einmalige Situation gewesen, nach der die Gesellschaft wieder in eine durch wirtschaftliche Schwierigkeiten und die nicht sofort erfüllten Integrationsvorstellungen verursachte Apathie und Passivität verfällt? Vorsicht

ist insbesondere aufgrund der folgenden drei Erwägungen geboten:

1. Die Gesellschaft hat in den vergangenen Jahren sogar die schlimmsten Exzesse der Regierung hingenommen, ohne sich aktiv zu wehren. Auch die unbestreitbaren und flagranten Verletzungen der innenpolitischen Normen und sogar der Verfassungsrechte wurden von der Regierung nicht als Anlaß zu einem Einlenken oder wenigstens - später, nach den Wahlen - zu einer Entschuldigung bei der Öffentlichkeit genommen, geschweige denn als Grund zur Demission. Die Regierung sah sich dazu weder durch die Öffentlichkeit noch durch die parlamentarische Opposition im geringsten gezwungen. Das weist auf ein kollektives sozialpolitisches Bewußtsein hin, das sich erst am Beginn der Evolution zu einer stabilisierten Bürgergesellschaft befindet. Die ganz andere Entwicklung in den Višegrad Nachbarstaaten zeigt, daß in diesen Gesellschaften diese Evolution schon in der Zwischenkriegszeit weiter fortgeschritten war. In der benachbarten Tschechischen Republik sah sich zum Beispiel die Regierung Klaus im Jahre 1997 wegen - im Verhältnis zur Slowakei - harmloser Fehlschritte zur Demission veranlaßt, weil eine Verdächtigung wegen Korruption es mehreren Regierungsmitgliedern subjektiv nicht erlaubte, die höchsten Positionen in der Exekutive weiter zu behalten.
2. In der Slowakei hingegen wurde das Verhalten der in der Opposition stehenden Parteien von der damaligen Regierung systematisch als subversiv und gegen die Staatssouveränität gerichtet angeprangert. Ein großer Teil der Bevölkerung hat sich mit der Staatskampagne gegen die Opposition auch voll und ganz identifiziert und in den Meinungsumfragen figurierte die regierende Bewegung bis 1997 als die unbestritten führende politische Kraft. Der Staat hat zu jener Zeit offensichtlich die Oppositionsparteien nur deshalb toleriert, weil er sich aus Rücksicht auf die internationalen Beziehungen keine andere Alternative leisten konnte.
3. Der Dritte Sektor konnte unter den Bedingungen der „defizitären Demokratie“ nur deshalb überleben, weil:
 - die Nichtregierungsorganisationen nicht nur eine moralische, sondern auch eine starke finanzielle Unterstützung aus dem Westen und von

westlichen Sponsoren erhielten.

- die Liquidierung oder staatliche Infiltration und Korrumpierung des Dritten Sektors aus den gleichen Gründen nicht möglich war und diese Gründe es der Staatsmacht auch nicht erlaubten, noch arroganter gegen die politische Opposition vorzugehen. In den meisten anderen Fällen wurden öffentliche Staatsinstitutionen ohne Skrupel und ohne größeren Widerstand der Öffentlichkeit in Regierungs- und Regierungsparteiinstitutionen umgewandelt. Der Frontalangriff gegen den Dritten Sektor blieb jedoch auf halbem Wege stecken. Ohne eine autoritäre und stabile Schutzmacht in der Nachbarschaft (man erinnere an Deutschland und die UdSSR, die von 1938 bis 1945, bzw. von 1948 bis 1989 die Tätigkeit undemokratischer Regime in der Slowakei mit ausgiebiger Unterstützung der Bevölkerung ermöglichten), die das Land auch wirtschaftlich sichern würde, konnte es sich die Staatsmacht in der 2. Hälfte der 90er Jahre nicht leisten, die pragmatischen Bindungen an den Westen zu gefährden.
- der Staat letzten Endes mit seiner Innen- und Außenpolitik ganz allein in der Region stand und nur dank des Wirtschaftsaustausches mit der EU und den Visegrad Ländern (80% des gesamten wirtschaftlichen Austausches) funktionieren konnte.

Man darf also die Schlußfolgerung ziehen, daß der Dritte Sektor, der die Bürgergesellschaft institutionell am besten repräsentiert, zwar in der jüngsten Vergangenheit eine ungewöhnliche Stärke zeigte, daß aber die Prinzipien der Bürgergesellschaft in der Slowakei keineswegs als gesichert gelten. Der Dritte Sektor hat sich bisher nicht als eine mächtige Struktur erwiesen, die aus eigener Kraft und ohne Auslandshilfe lebensfähig wäre.

Ohne den internationalen Druck auf die slowakische Regierung, ohne die wirtschaftliche Notwendigkeit, sich nach außen hin liberal zu zeigen sowie ohne die massive Unterstützung der Nichtregierungsorganisationen seitens des Westens hätte die Gesellschaft in der zweiten Hälfte der 90er Jahre kapituliert und der Dritte Sektor sich zu einer gewöhnlichen und von der Mehrheit der Bevölkerung isolierten Dissidentenstruktur entwickelt.

3. Die neue regierende Elite und die Bürgergesellschaft

Ende 1998 gelangte nach einigen Jahren wieder eine Koalition an die Macht, deren Parteien die Integration in die europäischen und atlantischen Strukturen nicht nur in ihren Wahlprogrammen und anschließend in der Regierungserklärung deklarierten. Die wirkliche Integrationsorientierung der vier regierenden Parteien (SDK - Partei der Demokratischen Koalition, SDL - Partei der Demokratischen Linken, SMK - Partei der Ungarischen Koalition und SOP - Partei der Bürgerverständigung) scheint sich auch dadurch zu bestätigen, daß ihre Wähler in Wahlumfragen gerade diejenigen Bürger sind, die schon seit Jahren und langfristig die Integration des Landes unterstützen. Im Unterschied zur ehemaligen Regierungskoalition besteht also bei den Parteiführungen, der Parteibasis und der Wählerschaft ein gemeinsames Integrationsverständnis. Dies bedeutet, daß sich hier auch endlich ein nicht-schizophrenes Verhältnis zwischen dem Bürger und dem Politiker gestalten dürfte. Diese Lage unterscheidet sich diametral von der Situation in der vorigen Regierungskoalition, in der sich zwischen den Parteipolitikern und den Wählern praktisch eine stille Verschwörung abspielte, indem die Wähler die pro-westlichen Integrationsdeklarationen ihrer Politiker als eine obligatorische und taktische Lüge verstanden. Die Wähler wußten, daß die Regierung taktiert und die Regierung wußte, daß die Wähler es wissen und verstehen. In dieser Hinsicht wurde die slowakische politische Realität leider von der nicht allzu entfernten Geschichte der regionalen Abgeschlossenheit und des Mißtrauens gegenüber der Außenwelt, einer Art Großfamilien-kohäsion, eingeholt. Die Wählerschaft dieser Parteien konnte sich aber in den Meinungsumfragen viel freier ausdrücken, und ihre Vorstellungen unterschieden sich grundsätzlich von der offiziellen Einstellung ihrer Regierung, wodurch die Wähler ihre wirkliche Orientierung quasi verrieten.

Auch wenn man zugibt, daß einige der integrationsfreundlichen Politiker in der jetzigen Regierung den Integrationskurs ohne innere Überzeugung und nur aus pragmatischen Gründen verteidigen dürften, gemäß dem Motto: „Was bleibt uns denn anderes übrig?“, werden sie objektiv von den Wählern zu diesem Kurs gezwungen. In dieser Frage muß eine Veränderung des politischen Standpunktes

einiger Politiker, die der ehemaligen Regierung dienten, überhaupt nicht ihrer inneren politischen Umkehr entsprechen.

In der integrationsfreundlichen Einstellung der Wähler versteckt sich aber auch gleichzeitig die größte Gefahr für die Unterstützung der regierenden Parteien, insbesondere der SDK, durch die Bevölkerung. Die SDK, die nach den Wahlen den Ministerpräsidenten stellte und somit optisch die Hauptverantwortung für die Entwicklung im Lande übernahm, verhielt sich vor den Wahlen teilweise sehr demagogisch und konnte auf diese Weise vor allem die Wahlstimmen der Erstwähler und allgemein der jungen Wähler für sich gewinnen. Die Vorwahlargumentation der SDK, vor der sie in diesen Tagen Rechenschaft ablegen muß, beruhte hauptsächlich auf zwei Versprechen:

1. Die SDK garantiert nach dem eventuellen Wahlsieg die Verdoppelung der realen Gehälter;
2. Im Falle des Wahlsieges bringt die SDK die Slowakische Republik in die erste Gruppe der EU Kandidaten, mit denen die EU die Beitrittsverhandlungen aufnimmt.

Man hatte sogar angedeutet, daß auch die NATO-Aufnahme der Slowakei auf dem Washingtoner Gipfeltreffen in dem Sinne noch nicht endgültig verloren sei, daß man der Slowakei auf dem Gipfel in dem Schlußdokument eine bevorzugte Position einräume, damit das Land noch zusätzlich NATO-Mitglied werden könne.

Die wirtschaftliche Lage hat sich nach dem Wahlsieg der Opposition nicht verbessert und die Realeinkommen der Bevölkerung sind nicht gestiegen, sondern gesunken. Damit hat die regierende Koalition, insbesondere die SDK, das Vertrauen bei einem Teil ihrer Wähler verloren. Was das zweite Wahlversprechen betrifft, so konnte die Koalition auch dort die erwarteten Erfolge bisher nicht verzeichnen. Weder bei dem Wiener EU-Gipfeltreffen im Herbst 1998 noch auf dem NATO-Summit in Washington im April 1999 und erwartungsgemäß auch nicht auf dem EU-Gipfel in Köln im Juni 1999 konnte die slowakische Regierung in dieser Hinsicht einen Integrationsdurchbruch erzielen. Die Hoffnungen werden nun auf Helsinki gerichtet und gegen Ende des Sommers 1999 wird jetzt offen darüber spekuliert, ob ein Mißerfolg der

Slowakei bei dem EU-Gipfel in Helsinki Ende 1999 nur den Ministerpräsidenten zu Fall bringt oder (im Zusammenhang mit der sich nicht verbessernden Lage in der Wirtschaft) das Land zu vorzeitigen Wahlen führen wird.

Auch wenn der Ausgang des EU-Gipfeltreffens in Helsinki im voraus nicht bekannt ist, steht fest, daß die Slowakei bedeutende außenpolitische Erfolge verzeichnete. Die Integrationsversprechen der jetzigen Regierung in der Vorwahlperiode waren nicht vollkommen falsch in dem Sinne, als daß es bei den Wahlen in der Slowakei wirklich um die weiteren Integrationsaussichten der Slowakei ging. Auf dem Spiel stand nicht so sehr der eventuelle Aufstieg der Slowakei in die erste Gruppe der EU-Kandidaten, sondern die Bewahrung ihrer Position in der zweiten Gruppe überhaupt. Mit einem nochmaligen Wahlsieg der nationalpopulistisch-rechtsextrem-linksextremen Dreierkoalition hätte die Slowakei wahrscheinlich nicht einmal ihre Position in der zweiten Gruppe und den Status eines assoziierten EU-Mitglieds halten können. Die Tatsache, daß man kein ganzes Jahr nach den Wahlen in der EU darüber diskutiert, ob man die Slowakei in die erste Gruppe der EU-Kandidaten aufnehmen kann, ist allein ein großer Erfolg der slowakischen Außenpolitik, die nach außen eine wichtige Veränderung in der Innenpolitik projiziert: die Beendigung der sich hinziehenden Spannung zwischen der Gesellschaft und der Staatsmacht. Abgesehen davon, ob die Slowakei in die erste Gruppe verlegt wird oder nicht, das Land hat wieder einmal - und vielleicht für eine lange Zeit zum letzten Mal - die Chance bekommen, in Europa integriert zu werden.

Während der Kosovo-Krise wurde es deutlich, daß die Regierung sich diese Chance nicht entgehen lassen will, auch wenn sie eine antipopulistische Einstellung zu der westlichen Intervention einnehmen mußte. Die slowakische Regierung ist das Risiko eingegangen, unpopulär zu werden und stellte sich eindeutig hinter die NATO-Aktion im Kosovo und Jugoslawien. Die Regierung bewilligte ohne Zögern den Überflug von NATO-Flugzeugen über die Slowakei und verhielt sich in der ganzen Frage weitaus offener als das neugebackene NATO-Mitglied Tschechien. Es ist nicht auszuschließen, daß diese entschlossene Haltung wenigstens von der NATO als ein Beweis dafür angesehen wird, daß die Slowakei sich als ein verlässlicher und außenpolitisch transparenter Staat zu etablieren beginnt.

4. Die Frage der Dauerhaftigkeit der Veränderungen

Die Parlamentswahlen, das Ausmaß des Sieges der jetzigen Regierungskoalition und die Rolle, die die Bürger bei diesen Wahlen spielten, werden zuweilen einem Paradigmenwechsel gleichgesetzt.

Meines Erachtens sind nicht alle Bedingungen für einen Paradigmenwechsel in der Slowakei gegeben. Die besten Aussichten für einen Paradigmenwechsel existierten nach der Wende im Jahre 1989, damals noch im Rahmen der Tschechoslowakei. Nach 1998 dürfte es sich vielmehr nur um eine Verschiebung der Kräfte auf der politischen Szene gehandelt haben, die viele Hoffnungen weckte und die auch zur Erweckung des Bürgerbewußtseins in der Gesellschaft führte. Wie sich jedoch im Laufe eines Jahres nach den Parlamentswahlen zeigt, entspricht die politische Wende nicht den erwarteten Veränderungen im gesellschaftlichen Bewußtsein. Man kann insbesondere auf zwei Umstände der Entwicklung hinweisen:

Erstens handelt es sich in der Slowakei bestimmt um mehr als um einen ordinären links-rechts oder rechts-links Regierungswechsel. Linke und rechte Strömungen sind immerhin in beiden politischen Lagern vertreten, womit die klassische Teilung der politischen Szene in der Slowakei in einen rechten und linken Flügel vorerst gegenstandslos geworden ist. In der Gegenwart, also im Laufe des Jahres 1999, geht es in erster Linie darum, ob die Idee eines Rechtsstaates dadurch bekräftigt wird, daß die ehemaligen Machthaber, die der Straftaten beschuldigt werden, auch überführt und zur Verantwortung gezogen werden. Es geht um die allgemeine Gültigkeit der Rechtsnormen für alle Bürger ohne Unterschied. Aus der Sicht der Bürgergesellschaft ist dieser Aspekt viel wichtiger als die Frage, ob die Slowakei in die erste Gruppe der EU-Kandidaten aufgenommen wird oder nicht. Wie es sich zur Zeit in der Slowakei abzeichnet, erwies sich der Staat mit seinen Institutionen als unfähig, die de facto überführten Schuldigen an mehreren kriminellen Akten, gegen die eine Menge von Zeugenbeweisen sprechen, zur Verantwortung zu ziehen. Auch wenn eine Verurteilung von einigen weniger bedeutenden Tätern als möglich erscheint, findet der Staat keinen Mut, die Gerechtigkeit im ganzen Umfang walten zu lassen. Als ein drohendes Problem sei hier das Überleben der Korruption im

Gerichtswesen genannt. Das bedeutet, daß beispielsweise die Bedingungen für den italienischen Weg, die Gerechtigkeit kompromißlos auch dann zu erzwingen, wenn es Träger der höchsten Regierungsfunktion betrifft, in der Slowakei aus vielen sozialen und psychologischen Gründen noch nicht gegeben sind. Die Ausnahme von „verdienten Bürgern“ aus der rigorosen Geltung der Gesetze für alle muß im Endeffekt für die Gesellschaft frustrierend und demotivierend sein. Eine selbstbewußte Bürgergesellschaft bleibt dann eine Illusion und es kann keine Rede von einem gesellschaftlichen Paradigmenwechsel sein. Das Jahr 1998 wird auf diese Weise zu einem bloßen, wenn auch wichtigen, Regierungswechsel reduziert.

Zweitens wurde auch die „Niederlage“ der alten Machtgarnitur offensichtlich überschätzt. Die diesjährigen Präsidentschaftswahlen haben jedenfalls einen Grund zur Ernüchterung, wenn auch nicht zum Skeptizismus gegeben. Nach einer Reihe von Enthüllungen der Korruption innerhalb der ehemaligen Regierung (gesetzeswidrige Privatisierung, Klientelismus, Mißachtung der Gesetze, Vernetzung von Staatsorganen und der kriminellen Unterwelt, unkontrollierbare Tätigkeit des Geheimdienstes) konnte ihr Präsidentschaftskandidat ca. 43% der Stimmen gewinnen. Dies bedeutet nicht einfach, daß sich fast die Hälfte der Bevölkerung für den Vertreter einer politischen Opposition entschloß. Dies bedeutet, daß fast die Hälfte der Bevölkerung sich für eine anti-System-Opposition entschied, die demokratische Regeln nach wie vor mißachtet und die sich gegen Prinzipien der Bürgergesellschaft wendet. Ein 7,3%-iger Abstand, der den oppositionellen Kandidaten vom Sieg trennte, mag in stabilen Demokratien als groß genug erscheinen, in unstabilen Demokratien, in denen es zwar an äußerlichen Merkmalen der Demokratie nicht fehlt, in denen jedoch die Bürgergesellschaft noch nicht voll entwickelt ist, ist ein solcher Abstand bedenklich.

5. Die Rolle des Westens bei der Entwicklung der Bürgergesellschaft in der Slowakei

Bei der Beurteilung der Integrationsaussichten der Slowakei sowohl in die EU als auch in die NATO operieren Brüssel und Bratislava oft mit recht

entgegengesetzten Argumenten. Obwohl die neue slowakische Regierung im Unterschied zur Vorgängerregierung die frühere politische Entwicklung des Landes selbstkritisch einschätzt und Brüssel nicht mehr beschuldigt wird, in Ostmitteleuropa Doppelstandards anzuwenden, gehen die Meinungen über die Aufnahme-strategie auseinander. Nach Meinung der EU muß die Slowakei zuerst die grundlegenden Kriterien erfüllen, um in die EU aufgenommen zu werden. Die EU bietet dabei ihre politische und finanzielle Hilfe bei der Abschaffung der Mängel an. Die These, die in der Slowakei laut wird, ändert die Reihenfolge: das Land sollte schnellstens in die EU aufgenommen werden, um dann in deren Rahmen die ausbleibenden Probleme, z.B. das Roma-Problem, einfacher lösen zu können. Dieselbe Argumentation ist hinsichtlich der Militärstrukturen zu hören: zuerst soll die NATO die Slowakei aufnehmen, erst dann kann die effiziente Reform der Armee realisiert werden.

Auf diese Weise werden jedoch Ursache und Wirkung verwechselt. Es steht ohne Zweifel fest, daß zum Beispiel das Problem der Roma ein Problem Europas ist. Im Falle der slowakischen Roma und deren Auswanderung muß aber die Slowakei als souveräner Staat die grundlegende Verantwortung tragen einschließlich der meisten finanziellen Kosten für die Lösung des Problems. Dazu gehört in erster Reihe die Ausarbeitung eines großangelegten und sicherlich auch aufwendigen Programms zur innerslowakischen Integration der Roma. Dies auch um den Preis, daß sich die EU-Mitgliedschaft um weitere Jahre verspätet. Die Slowakei muß auf diese Weise eine Garantie geben, daß sie die EU nicht einfach ausnützen will, sondern daß sie in der EU als selbstbewußter Partner funktionieren will. Es liegt im Interesse der EU, der Slowakei dabei zu helfen, aber es wäre langfristig kontraproduktiv, sollte die EU die Lösung von finanziell kostspieligen internen slowakischen Problemen übernehmen und die Slowakei dabei der EU einfach nur behilflich sein.

Die Slowakei hat nach 1994 im Vergleich zu den anderen Visegrad Ländern den Weg in die EU nicht aufgrund äußerer Umstände vernachlässigt. Die Slowakei scheiterte, weil die Bevölkerung in regulären, demokratischen Wahlen freiwillig und wiederholt eine für die EU inakzeptable Regierung wählte. Die Vorstellung, die EU sollte jetzt, nach dem Sieg der demokratischen Kräfte bei den letzten Wahlen, die unglückliche Slowakei privilegiert

behandeln und bevorzugte Hilfsmittel zur Verfügung stellen, ist anmaßend und würde dem Prozeß des Aufbaus der Bürgergesellschaft einen großen Schaden zufügen. Ein solcher Vorgang würde eher zur Schaffung eines künstlichen Umfeldes führen, ohne daß die Slowakei dann nicht mehr selbständig leben könnte. Das Land soll denselben adäquaten Teil der westlichen Hilfe bekommen wie die anderen Länder und kann und soll alle Vorteile, die sich aus dem Europaabkommen und aus den Hilfsprogrammen wie PHARE, IPISA oder SAPARD ergeben, effektiver nutzen. Die Unfähigkeit, dies bisher getan zu haben, darf nicht auf Kosten der mehr erfolgreichen Transformationsländer gehen. Ähnlich wie im Falle der anderen assoziierten Länder ist es klar, daß ohne die westliche Hilfe die moderne Transformation der slowakischen Gesellschaft ebenso unmöglich ist wie das effektive Funktionieren der Nichtregierungsorganisationen.

Roman Filistein

Die Bedeutung der Bürgergesellschaft für den Integrationsprozeß

Das Wesentliche an dem in der Slowakei im Herbst 1998 stattgefundenen Machtwechsel war ein gewisser Paradigmenwechsel, weg von einer Exklusivität von engen Machtgarnituren hin zu einer „inkluisiven Gesellschaft“. Diese „inklusive Gesellschaft“ ist eigentlich nur ein anderer Ausdruck für die Bürgergesellschaft, für die “civil society”. Die Bürgergesellschaft gewährleistet, daß nicht nur am europäischen Integrationsprozeß, sondern am Regierungshandeln insgesamt alle maßgebenden Kräfte des Landes teilnehmen. Die heutige slowakische Europapolitik ist maßgeblich aus dem Sektor der Nichtregierungsorganisationen (NROs) entstanden. Viele Entscheidungsträger der Regierung haben mit Hilfe und Unterstützung insbesondere der deutschen Stiftungen und deutscher NROs das neue Konzept der europäischen Integrationspolitik erarbeitet. Deren wesentlichstes Novum ist die Errichtung eines sogenannten Konsultationsausschusses gewesen, der dem Ministerrat für Europäische Integration als der höchsten Form der Integrationsstruktur innerhalb der slowakischen Exekutive mit Rat aber auch mit Hilfe beistehen soll. Die Idee des Konsultationsausschusses ist natürlich nicht neu, die Länder, die Anfang der 90iger Jahre ihren Beitritt ausgehandelt haben, Österreich, Schweden, Finnland, haben ein gutes Beispiel gegeben. In diesem Konsultationsausschuß sind nun nebeneinander Vertreter der Regierung, der Gewerkschaften, der Arbeitgeber, der Wirtschaftskammern sowie insbesondere der NROs versammelt. Bei den Vertretern der NROs handelt es sich um das Gremium des Dritten Sektors, Repräsentanten des slowakischen Jugendrates, der Gemeinden und Städte in den jeweiligen Organisationen im Städte- und Gemeindetag und Vertreter von Bürgerinitiativen bzw. von professionellen Gruppierungen, wie

zum Beispiel der Richtervereinigung, der Rektorenkonferenz oder der Akademie der Wissenschaften.

Die Integration der Slowakei, das heißt, der Beitritt zur Europäischen Union, ist ein Prozeß, der nicht nur die Regierung betrifft, sondern einen jeden Bürger des Landes und eine jegliche Form der menschlichen Aktivität. Die vorgenannten Gruppierungen sind in diesem Prozeß auf die eine oder andere Art integriert. Die europäische Integration kann nicht ohne die Beteiligung all dieser Kräfte stattfinden.

Eine Frage, die sich im Integrationsprozeß stellt, ist die Überlegung, welchem Europa die Slowakei eigentlich beitreten will. Nicht nur in der Slowakei, der Tschechischen Republik, in Polen oder in Österreich, fast auf der ganzen Welt hat man manchmal den Hang dazu, in Klischees zu denken. So wie bis 1989 das öffentliche Vokabular durch Begriffe strapaziert wurde wie „proletarischer Internationalismus“ oder „Völkerfreundschaft mit den Völkern der Sowjetunion auf ewige Zeiten“, beginnt auch das heutige Vokabular auf eine ähnliche Weise strapaziert zu werden, indem gerade die Wörter „Europa“, „europäische Integration“, „Europäische Union“ oder „Beitritt“ als eine Art Allheilmedizin für all die Probleme des Landes verstanden werden, die bei weitem ganz andere und andersliegende Grundlagen beinhalten. Aus diesem Grund muß man sich fragen, was ist eigentlich die „Integration“, was ist der „Beitritt“ und was ist eigentlich das „Europa“, dem man beitreten möchte? Wenn man auf die Landkarte schaut, kann niemand behaupten, die Slowakei befände sich nicht in Europa. Wenn man von den europäischen, geographischen Grenzen ausgeht, bezweifelt auch niemand, daß auch Moskau in Europa liegt. Das Europa, von dem wir sprechen, ist wohl ein Europa, das nicht so sehr geographisch, aber vor allen Dingen als eine Art Wertegemeinschaft aufzufassen ist. In diesen Zusammenhang paßt ein kleines Bild - es ist die Wertegemeinschaft des Abendlandes, es ist die Wertegemeinschaft, die im Mittelalter zum Beispiel durch die sogenannten Rolandsstatuen in den europäischen Städten geprägt war. Die östlichste Rolandsstatue in Europa liegt in der nordostslowakischen Stadt Bardejov, Bartfeld. Es ist also eine Wertegemeinschaft, eine Gemeinschaft, die aus der Vergangenheit herauslebend in die Zukunft

schauf. Und eben diese Zukunft kann nur europäisch sein. Die Zukunft liegt im zivilisatorischen Zusammenwirken, heute spricht man gerne von Interaktion, von "feedback", im gemeinsamen Vermächtnis des achthundertjährigen Zusammenseins von Deutschen und Slowaken sowie Ungarn, Tschechen und Polen in der Region Mitteleuropas. Das ist das Fundament, auf dem man zukunftsweisende europäischen Perspektiven aufbauen kann.

Abschließend noch ein kleines Zitat, ein Zitat jenes Menschen, der zu den - sagen wir - Erzvätern Europas zu rechnen ist, Robert Schuman, der in seiner Monographie „Pour l'Europe“ festgestellt hat: „Diese Gemeinschaft, gemeint ist Europa (d. Verf.), kann und darf nicht ein wirtschaftliches und technisches Unternehmen bleiben. Sie braucht eine Seele, das Bewußtsein ihrer geschichtlichen Neigungen und die Verantwortung für die Gegenwart und Zukunft, einen politischen Willen zum Dienste eines innigst menschlichen Ideals.“

Marcus Wenig

Die europäische Integration als Aufgabe der Bürgergesellschaft

Europa, das ist mehr als das komplizierte Zusammenwirken von unterschiedlichen EU-Organen beim Erlaß von Rechtsakten, das ist mehr als Normen zur Größe von Traktorensitzen oder dem erlaubten Krümmungsgrad von Bananen, hier geht es um eine Wertegemeinschaft, deren tragende Elemente Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte sind. Es geht, wie der Vertrag von Amsterdam erwähnt, um die Schaffung eines gemeinsamen Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts.

Hierzu müssen die Regierungen der Mitgliedstaaten über den Ministerrat und die EU über ihre Kommission, unter immer größerer Mitwirkung des Europäischen Parlaments, den notwendigen gesetzlichen Rahmen schaffen. Die Ausfüllung dieses Rahmens jedoch obliegt den Bürgern der Union. Nicht umsonst wurde in Anerkennung der besonderen Bedeutung der Bürger für den Integrationsprozess zur Herausbildung eines genuinen Selbstverständnisses als EU-Bürger das Kapitel über die Unionsbürgerschaft in den Vertrag von Maastricht eingeführt. Die Integration Europas kann also durch gesetzliche Bestimmungen als Ziel vorgegeben werden, bedarf aber, um Wirklichkeit zu werden, einer Umsetzung und inhaltlichen Ausgestaltung durch die Bürger, d.h. durch eine auf den Fundamenten einer Zivilgesellschaft basierenden Bürgergesellschaft.

Dies hat, um nur ein Beispiel anzuführen, deutlich die deutsch-französische Verständigung und Aussöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg gezeigt. Aus der alten Erbfeindschaft wurde der Motor der Integration Europas. Hierzu bedurfte es aber nicht nur des richtungweisenden Aufeinanderzugehens und der nachfolgenden Zusammenarbeit der Regierungen in Bonn und Paris, sondern des Zusammenwachsens der Völker. Versöhnung, Verständigung

und Zusammenarbeit kann man eben nicht verordnen und oktroyieren, sondern sie müssen, um keine leeren Worthülsen zu bleiben, täglich neu auf allen Ebenen der Gesellschaft praktiziert werden. Einrichtungen wie das deutsch-französische Jugendwerk, Begegnungsstätten, Schüler- und Studentenaustausch, Städtepartnerschaften, grenzüberschreitende Zusammenarbeit in wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bereichen, die Schaffung von Euro-Regionen wie der Saar-Lor-Lux Region, die das Saarland, Lothringen und Luxemburg umfaßt und inzwischen um Rheinland-Pfalz und Wallonien erweitert wurde, sind essentielle Bausteine dieses geistigen Zusammenwachsens zwischen Völkern im Rahmen der europäischen Integration. Die europäische Integration ist somit eine, ja die wesentliche Aufgabe der Bürgergesellschaft. Dies gilt nicht nur für das Verhältnis der derzeitigen Mitgliedstaaten der Union untereinander, sondern insbesondere für die anstehende Erweiterung der Union.

Beim Aufbau von Zivilgesellschaften in den Kandidatenländern spielen die Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen (NROs) eine entscheidende Rolle. Die NROs sind ein wesentliches Element beim Übergang von der „formellen -“ zur sogenannten „nachhaltigen Demokratie“. Während das erste die Schaffung von demokratischen Institutionen und Verfahrensweisen betrifft, steht der Begriff der nachhaltigen Demokratie oder der „substantive democracy“ für die Möglichkeit der Teilhabe der Bürger am politischen Leben, an der Mitwirkung an Willensbildungsprozessen auf lokaler, regionaler und überregionaler Ebene. Da in den Kandidatenländern die Mitgliedschaft in politischen Parteien nach den negativen Erfahrungen während der kommunistischen Zeit noch nicht so verbreitet ist wie in den EU-Mitgliedstaaten, bilden in diesen Ländern die NROs das Hauptforum für die Teilhabe der Bürger am öffentlichen Leben, indem sie ihren Mitgliedern die Möglichkeit zur individuellen Willensbildung und Willensumsetzung, zum politischen Diskurs und zur Interessenvertretung gegenüber staatlichen Institutionen geben. NROs begleiten somit den Demokratisierungsprozess ihres Landes konstruktiv und befördern ihn.

Dessen eingedenk hat die Europäische Union das Schwergewicht im Rahmen ihrer PHARE- und Tacis-Demokratisierungsprogramme auf die Unter-

Die europäische Integration als Aufgabe der Bürgergesellschaft

stützung von NROs in diesen Ländern gelegt. Hierzu wird zwischen den sogenannten Mikro- und Makro-Projekten unterschieden. Mikro-Projekte betreffen die NROs im jeweiligen Land, während Makro-Projekte grenzüberschreitende Kooperation von NROs fördern. Beide Projekte dienen der europäischen Integration. Durch die Unterstützung von NROs, die sich mit der praktischen Umsetzung von Demokratie, Menschen- und Minderheitenrechten, Rechtsstaatlichkeit, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit und dergleichen auf lokaler und regionaler Ebene befassen, werden die vorgenannten Grundrechte und Grundprinzipien als die tragenden Elemente der Europäischen Union in den Kandidatenländern eingefordert, umgesetzt und kontrolliert. Aufgabe hierbei muß es sein, der gesamten Bevölkerung in den Kandidatenländern die Möglichkeit zur Partizipation am politischen und gesellschaftlichen Willensbildungsprozeß zu geben. Die Aktivitäten der NROs dürfen sich daher nicht nur auf die Hauptstadt des Kandidatenlandes beschränken, sondern müssen auch die entferntesten Provinzen erfassen; die Slowakei hat hier beispielhafte Arbeit geleistet. Eine wesentliche Komponente zur Vertiefung der europäischen Integration bildet die Zusammenarbeit von NROs in den Kandidatenländern und den EU-Mitgliedstaaten. Diese Kooperation beschränkt sich nicht nur auf die finanzielle Unterstützung, sondern auch auf das Anbieten von Know-how und Erfahrungswerten beim Aufbau und der Arbeit von NROs. Der Gedanke der europäischen Idee, die Europa tragenden Prinzipien, sind durch diese Zusammenarbeit auch auf lokaler Ebene für die sich in NROs repräsentierende und artikulierende Bürgergesellschaft der Kandidatenländer greifbar und präsent - Begriffe wie Demokratie oder Minderheitenrechte finden ihre Konkretisierung in der praktizierten Teilhabe am Willensbildungsprozeß.

Umgekehrt und ebenso wichtig werden durch diese partnerschaftliche Zusammenarbeit die Bürgergesellschaften in den EU-Mitgliedstaaten über spezifische Probleme in den Beitrittsländern informiert. Hierdurch werden etwaige Mißstände im Demokratisierungsprozeß aus dem innerstaatlichen Bereich auf die europäische Ebene transponiert und über die öffentliche Meinung an die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten weitergegeben, die

ihrerseits nun die betreffende Regierung des Kandidatenlandes auf eventuell bestehende Unzulänglichkeiten hinweisen können.

Soll die Bürgergesellschaft die ihr zufallende Aufgabe der europäischen Integration erfolgreich bewältigen, so muß die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und den Kandidatenländern in allen Bereichen weiter intensiviert werden. Städtepartnerschaften, Schüler- und Studentenaustausch, gemeinsame Konferenzen und Seminare zu europapolitischen Themen, gemeinsame Bildungseinrichtungen, Euro-Regionen, die sich als tragende Elemente des Zusammenwachsens in den EU-Mitgliedstaaten erwiesen haben, müssen wesentliche Bestandteile der Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten und den Kandidatenländern werden. Dies ermöglicht es auch, die Frage „Was ist Europa?“ nicht mit dem Verweis auf komplizierte Regelwerke oder schwer verständliche Richtlinien und Verordnungen abzutun, sondern sie durch praktizierte partnerschaftliche Zusammenarbeit sowie einen Gedanken- und Erfahrungsaustausch konkret zu beantworten. Insbesondere der Erfahrungsaustausch wird dazu führen, daß die Erweiterung der EU nicht als rein wirtschaftliche Kosten-Nutzen-Analyse mißverstanden wird, sondern daß die geistig-kulturellen Werte, die jedes Kandidatenland unabhängig von seiner Wirtschaftsstärke einbringt, entsprechende Berücksichtigung finden.

Neben der zu vertiefenden Zusammenarbeit zwischen den Bürgergesellschaften in den Mitgliedstaaten und den Kandidatenländern in Form von gemeinsamen Projekten oder gemeinsamen Institutionen muß auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Bürgergesellschaften in den Kandidatenländern gefördert werden. Den Kandidatenländern bietet sich so aufgrund ihrer vergleichbaren sozio-kulturellen und wirtschaftlichen Vorgeschichte als ehemalige Ostblockstaaten die Möglichkeit, die gemachten Erfahrungen beim gesellschaftlichen und ökonomischen Transformationsprozeß auszutauschen und zu vergleichen und so Synergien bei der Integration zu erzielen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der NROs ist somit von ausschlaggebender Bedeutung, setzt aber gemäß der Evaluierung des PHARE- und Tacis-Demokratisierungsprogramms das Bestehen funktionsfähiger NROs in den Partnerländern voraus. Ein besonde-

Die europäische Integration als Aufgabe der Bürgergesellschaft

res Augenmerk sollte hierbei den zukünftigen Grenzregionen einer erweiterten EU gelten. Gerade dort sollten Projekte durchgeführt werden, die nicht nur den spezifischen Problemen von Grenzregionen wie Abwanderung, Arbeitslosigkeit, Minderheitenfragen und Immigrationsbewegungen Rechnung tragen, sondern die durch die Zusammenarbeit mit den zukünftigen Nachbarn einer erweiterten EU, insbesondere mit Rußland, Weißrußland oder der Ukraine, die Idee Europas und die sie tragenden Werte wie Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit auch in diesen Ländern vermitteln und so zur Stabilisierung der späteren EU-Außengrenzen beitragen. Auf diese Weise werden die Bürgergesellschaften der EU-Mitgliedstaaten und der Kandidatenländer die ihnen zufallende historische Aufgabe der Integration Europas erfolgreich bewältigen können.

Autorenverzeichnis

Dr. Martin Brusis, Centrum für Angewandte Politikforschung, Forschungsgruppe Europa, München

Pavol Demeš, Exekutivdirektor, Slowakische Akademische Informationsagentur - Servicezentrum für den Dritten Sektor (SAIA-SCTS), Bratislava

Roman Filistein, Generaldirektor, Sektion Europäische Integration des Regierungsamtes der Slowakischen Republik, Bratislava

Katarína Košťálová, Direktorin, Slowakische Akademische Informationsagentur / Servicezentrum für den Dritten Sektor (SAIA-SCTS), Bratislava

Dr. Dušan Kováč, Vorsitzender, Deutsch-slowakische Historikerkommission, Slowakische Akademie der Wissenschaften, Bratislava

Daniel Kriener, Slowakei-Referent, Auswärtiges Amt, Bonn

Milan Matlak, Gesandter der Slowakischen Republik, Bonn

Dr. Patrik von zur Mühlen, Historiker, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Adriena Richterová, Vorsitzende, Stiftung für die Förderung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten, Bratislava

Dr. Ivo Samson, Direktor, Slowakische Gesellschaft für Außenpolitik, Bratislava

Dr. Marcus Wenig, Koordinator der Forschungsgruppe „Erweiterung der EU“, Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI), Bonn

ISSN 1435-3288

ISBN 3-933307-71-6



Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Walter-Flex-Straße 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-1880
Fax: +49-228-73-1788
<http://www.zei.de>